

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKS

work

GLEICH-STELLUNG
RETTEN IM AARGAU
8. MÄRZ 2018, AARGAU

Aargau: Die Rechten schliessen das Gleichstellungsbüro Seite 2



Marie-
Hélène
Thies

Lohngleichheit:

Im Jura steht jetzt die erste Subito-Initiative. Und diese Frau steckt dahinter:

«Allez, hopp!»

Seite 3

Das Baujahr wird heiss

Mehr chrampfen für weniger Geld? Nicht mit uns, sagen die Bau-Büezer. Seite 5



Die SDA-Bosse bleiben eiskalt

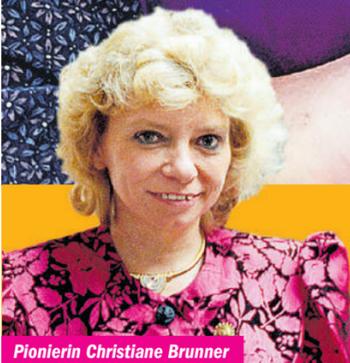
Gespräche waren eine Farce, neuer Sozialplan ist ein faules Ei: So geht's weiter. Seite 6

Post-Chefin stellt Profit über alles

Der Postauto-Bschiss ist nur die Spitze des Eisbergs. Mitarbeitende packen aus. Seite 7

Steuern? Ruhig Blut

Die Steuererklärung ausfüllen ist keine Hexerei. Seiten 12-13



Pionierin Christiane Brunner

5 Seiten zum 8. März: Forscherin Fabienne Amlinger beweist: «Geduld bringt Frauen keine Rosen.» • 25 Jahre Brunner-Effekt und andere Pionierinnen • Raus zum Frauentag: Die Veranstaltungen Seite 2, 3, 8-9 und 11



workedito
Marie-Josée Kuhn

25 JAHRE BRUNNER-EFFEKT

Geduld bringt den Frauen keine Rosen. Das sagt die Historikerin Fabienne Amlinger. Sie hat den Umgang von FDP, CVP und SP mit ihren Frauenorganisationen ab Einführung des Frauenstimmrechts 1971 bis 1995 erforscht. Und kommt zum Schluss: Nur wenn die Frauen auf den Putz hauen, bewegt sich was. Zum Beispiel vor 25 Jahren: Am 3. März 1993 bebt die Schweiz. Eben hat das Parlament SP-Bundes-

Die bösen Mädchen kommen überall hin.

ratskandidatin Christiane Brunner eine schallende Ohrfeige verpasst. Und

statt der zweiten Frau in der Geschichte der Eidgenossenschaft einen weiteren Mann gewählt. Ein Sturm bricht los, zu Tausenden protestieren Frauen und Männer gegen die Nichtwahl der charismatischen Gewerkschafterin. Die Ohrfeige, die Brunner bekam, war eine Ohrfeige für alle Frauen. Umso mehr, als ihre Gegner direkt auf die Frau spielten. Ein anonymes «Komitee für die Rettung der Moral unserer Institutionen» drohte damit, kompromittierende Fotos von Brunner zu veröffentlichen. Das war der Anfang einer Dreckkampagne, wie sie die Schweiz bis dahin noch nie gesehen hatte. Und der Beginn eines Frauenfrühlings.

PFISTER. Vom Brunner-Effekt profitierten vor allem auch die bürgerlichen Frauen, sagt Forscherin Amlinger im grossen work-Interview (S. 9). Treu und geduldig hatten sie bisher ihren Parteien gedient. Forderten wenig und gewannen nichts. Allen voran die freisinnigen Frauen: Ihr Weg zur Emanzipation war der steinigste, sagt Forscherin Amlinger. Ist es immer noch, wie die Wahl von Ignazio Cassis zeigte. Auch bei der CVP steht immer schon ein (Gerhard) Pfister in den Startlöchern. Das zeigen die aktuellen Debatten um die Nachfolge der wohl als nächste zurücktretenden Doris Leuthard. Wird es ein Nachfolger, dann sitzt im Bundesrat nur noch eine Frau. 2010 waren die Bundesrätinnen noch in der Mehrheit.

SUBITO. Statt vorwärts geht es wieder zurück. 25 Jahre nach Brunner schliesst der Aargau sein Gleichstellungsbüro (S. 2). SVP und Teile des Freisinns und der CVP haben es regelrecht ausgehungert. Und wieder jagt das Treiben der Machos die Frauen auf die Strasse. Für den Frauentag am 8. März rufen sie in Aarau zur Protestkundgebung auf. Gut so! Und noch besser: Im Kanton Jura steht die erste Subito-Initiative, die die Lohngleichheit endlich umsetzen will. Ausgeheckt hat sie die Unia, allen voran eine kämpferische Frau: die Gewerkschafterin Marie-Hélène Thies (S. 3). Auch sie weiss: Gute Mädchen kommen in den Himmel, böse überall hin.



Aargau: Rechte schleifen Gleichstellungsbüro «Statt vorwärts geht's jetzt wieder rückwärts»

Der Kanton Aargau schafft sein Gleichstellungsbüro ab. Ein Riesenaffront für die Frauen, finden die Aargauer Gewerkschaften und Frauenverbände, und rufen am 8. März zu einer grossen Demo auf.

SABINE REBER

Schon der Kampf für ein Gleichstellungsbüro war mühsam gewesen. Der Widerstand im Aargauer Parlament heftig. Doch schliesslich gelang den Frauen der Durchbruch: 1995 öffnete die Fachstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau ihre Türen. Zwar war sie in einem winzigen Einzelbüro mit muffiger Einrichtung untergebracht. Doch die Aargauerinnen waren stolz darauf, hatten doch 22 verschiedene Frauenverbände gemeinsam dafür gekämpft. Aber das Gleichstellungsbüro, so bescheiden es auch ausgestattet war, war der SVP vom ersten Tag an ein Dorn im Auge.

FAMILIE STATT GLEICHSTELLUNG

Die SVP machte alles, um das Büro wieder ungeschehen zu machen. Teile der FDP und der CVP unterstützten die Blocher-Partei. So wurde die ursprüngliche Befristung auf fünf Jahre nie aufgehoben, und eine gesetzliche Grundlage wurde gar nicht erst geschaffen. 2003 beantragt die SVP erstmals die ersatzlose Streichung des Gleichstellungsbüros. Die Kantonsregierung dampft die Fachstelle daraufhin auf eine Stabsstelle «für Familien und Gleichstellungspolitik» ein. Sie beginnt, Schritt

An die Demo!

Die Demo für die Erhaltung des Aargauer Gleichstellungsbüros findet statt am **8. März, 17.30 Uhr am Bahnhof Aarau**. Anschliessend Platzkundgebung auf dem Holzmarkt, mit Ansprachen der Nationalrätinnen Irène Kälin und Yvonne Feri sowie Mia Jenny von den Juso Aargau und Elena Flaach von den SP-Frauen Aargau. Zum Schluss Konzert von Knut + Tutschek.

für Schritt die Stellenprozentage des Büros zu kürzen. Im November 2017 beschliessen Regierung und Parlament schliesslich die Streichung aller Stellenprozentage für die Gleichstellung. Begründung: Man wolle die Priorität lieber auf die Familie legen.

Proteste, eine Petition und eine überparteiliche Motion vermögen daran nichts zu ändern. Die bisherige Stelleninhaberin wird kurzerhand entlassen. work gelingt es nicht, mit ihr zu sprechen. Laut einer Insiderin hat sie offenbar eine Schweigevereinbarung unterzeichnen müssen. Und damit auch gar nichts mehr an die Gleichstellung erinnert, wird umgetauft: Seit diesem Jahr gibt's im Aargau nur noch die «Fachstelle für Familie und Alter.» So was gibt Stimmung.

Jetzt rufen die Frauen im Aargau zum Protest, am 8. März wollen sie auf die Strasse gehen. Die grüne Nationalrätin Irene Kälin, die an der Demo reden wird, sagt: «Statt vorwärts geht's im Aargau nun rückwärts! Dabei wären die Gleichstellungsbüros heute nötiger denn je.» Nun hofft sie, dass wenigstens die Proteste laut und gross werden. Kälin: «Das wird dem erzbürgerlichen Aargau guttun, mal eine richtig grosse Frauendemo zu erleben!»

FRAUEN MOBILISIEREN

Zur Demo rufen nebst Gewerkschaften und linken Parteien die Business & Professional Women (BPW) auf, die Frauenzentrale Aargau und der Aargauische Katholische Frauenbund (AKF) mit seinen rund 9000 Mitgliedern. AKF-Geschäftsstellenleiterin Merice Rüfenacht sagt zu work: «Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wirtschaftliche Unab-

Die SVP attackierte das Gleichstellungsbüro von Anfang an.

hängigkeit von Frauen, Lohngleichheit, Vaterschaftsurlaub, gleiche Berufschancen, Gewalt gegen Frauen – das sind die Themen, mit denen wir uns aktuell beschäftigen. Da viele dieser Forderungen noch nicht erfüllt sind, braucht es auch zukünftig zwingend ein Gleichstellungsbüro mit genügend Ressourcen. Darum ist es für uns selbstverständlich, dass wir an die Demo kommen!»

VORSTOSS FERI PRÜFT KLAGE

Die Aargauer SP-Nationalrätin Yvonne Feri will mit einem Vorstoss abklären, ob der



Yvonne Feri.

Bund Sanktionsmöglichkeiten hätte gegenüber Kantonen, die ihrem Verfassungsauftrag zur Gleichstellung von Frau und Mann nicht nachkommen. Und zum Beispiel ihre Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann einfach abschaffen wie der Kanton Aargau. Ausserdem will Feri abklären lassen, ob juristische Möglichkeiten für eine Verfassungsklage bestünden.



In vielen Ländern ist der Frauentag ein Feiertag St. Galler Frauen wollen das auch

Der 8. März soll zu einem Feiertag für die Frauen erklärt werden. Damit wollen drei St. Galler Politikerinnen die Lohndiskriminierung der Frauen beseitigen.

In mehr als zwei Dutzend Ländern ist der 8. März ein gesetzlicher Feiertag, auch in Nepal. Und jetzt soll er es auch in St. Gallen werden, allerdings nur für die weiblichen Angestellten.

Die drei Stadtparlamentarierinnen Andrea Scheck (Juso), Alexandra Akeret (SP) und Andrea Hornstein (Politische Frauengruppe) wollen mit dieser Forderung die Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau thematisieren und den Lohnklaus an den Frauen damit wenigstens ein Stück weit ausgleichen.

Der zusätzliche Feiertag für die Frauen soll so lange bestehen, bis die Stadt beweisen kann, dass es keine unerklärbare Lohnendifferenz zwischen Frauen und Män-



SIE HABEN GUT LACHEN: In Nepal ist der 8. März ein offizieller Feiertag.

FOTO: REUTERS

nern in der Verwaltung mehr gebe. Schweizweit beträgt der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern im Durchschnitt rund 20 Prozent. Andrea Scheck: «In St. Gallen muss die Differenz erst noch analysiert werden. Mit unserer Forderung wollen wir nun Druck machen, damit das Thema endlich angeschaut wird.»

ANSPORN. Die St. Galler Regierung hat es mit der Überprüfung der Lohnunterschiede aber nicht so eilig. In einer Stellungnahme ant-

wortete sie, ein solcher Feiertag sei nicht realisierbar, weil dadurch ein Drittel der Verwaltung lahmgelegt würde. Über dieses Argument kann Scheck nur lachen: «Wenn das wirklich der Fall wäre, dann sollte es der Stadt als Ansporn dienen, endlich vorwärtszumachen mit der Lohngleichheit!» Denn sobald nachgewiesen sei, dass es keine unerklärbaren Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau in der Verwaltung gebe, würde der arbeitsfreie Tag wieder aufgehoben. (sr)

Die jurassische Gewerkschafterin Marie-Hélène Thies ist die Mutter der Lohngleichheits-Initiative

«Weil ich es meiner Enkelin schuldig bin!»



Im Kanton Jura sind die Löhne schweizweit am tiefsten. Und die Lohnungleichheit ist hier am grössten. Die Unia will das subito ändern – mit einer Umsetzungsinitiative.

SABINE REBER

Gewerkschafterin Marie-Hélène Thies (60) zeigt auf die leuchtend pinkige Wand ihres Büros und sagt: «Das knallt, nicht wahr? Diese Wand habe ich neu selbst gestrichen!» Unter einem Stapel mit Flyern, Plakaten und Schokolade-Giveaways für den 8. März wartet die Schablone mit den Frauenfiguren und dem Schriftzug «Egalité salariale maintenant» (Lohngleichheit jetzt) auf weitere Einsätze. Die gebürtige Französin aus der Normandie, die vor 37 Jahren der Liebe wegen in den Jura gezogen ist, schmunzelt: «Wer weiss, wann wir damit die Stadt verzieren gehen!»

SCHLUPFLOCH FÜR KLEINE FIRMAN

Marie-Hélène Thies arbeitet seit 18 Jahren bei der Unia Transjurane in Delsberg. Sie ist für den Dienstleistungssektor verantwortlich. Wie keine andere kennt sie die Frauen, die in den kleinen Läden und Geschäften in dem immer noch sehr ländlichen Kanton arbeiten, «oftmals für Löhne weit unter 4000

Franken im Monat». Sie kennt auch die Uhrmacherinnen und die Arbeiterinnen aus den Zulieferbetrieben der Maschinen- und Uhrenindustrie; kleine, traditionelle Familienbetriebe, die den Kanton Jura prägen: «Bei uns gibt es kaum eine Firma mit mehr als 50 Angestellten.» Damit spielt sie auf die Revision des Gleichstellungsgesetzes an, das

derzeit im Parlament verhandelt und von den Bürgerlichen heftig bekämpft wird. Und auf die Tatsache, dass der Ständerat die Lohnkontrollen nun auf Firmen mit über 100 Angestellten einschränken will. Das sei der Gipfel, sagt Thies, ein schlechter Witz: Diese zahnlose Massnahme würde im Kanton Jura rein gar nichts bewirken, die Firmen könnten mit der Lohndiskriminierung einfach weitermachen.

Die Unia-Frau schmettert ihren arg zerfledderten «Commentaire de la loi sur l'égalité», den Kommentar zum Gleichstellungsgesetz, auf den Tisch und meint: «Nicht nur im Jura gibt es viele kleine Firmen, für die das Gesetz nicht gelten würde. Schweizweit gesehen haben 95 Prozent aller Firmen weniger als 50 Angestellte!» Thies wundert sich sowieso: «Was soll das, Lohnkontrollen ohne Sanktionen und Konsequenzen?»

LOHNGLEICHHEIT JETZT UMSETZEN

Im Jura verdienen die Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger als die Männer – gegenüber rund 20 Prozent im gesamtschweizerischen Durchschnitt. Diese Ungerechtigkeit sei Grund genug, erneut aktiv zu werden, findet Marie-Hélène Thies, die schon ihr halbes Leben für die Lohngleichheit kämpft. So hat sie sich nun zum Ziel gesetzt, die Lohngleichheit wenigstens im Kanton Jura umzusetzen, denn: «Das bin ich meiner vierjährigen Enkelin schuldig – wo es für meine drei Kinder schon nicht gereicht hat», erklärt sie.

Zusammen mit Unia-Transjurane-Chef Pierluigi Fedele hat Thies vor gut einem Jahr die Initiative ausgeheckt. Der Text sei bewusst allgemein gehalten. Die Initiative fordert schlicht, dass das jurassische Parlament ein kantonales Gesetz erlasse, welches das nationale Gleichstellungsgesetz ergänze und konkretisiere. Thies erklärt: «Darin muss festgelegt werden, wie die Lohngleichheit in den Betrieben kontrolliert wird und wie die Frauenlöhne ganz konkret an die Männerlöhne angeglichen werden sollen.»

Die Lohngleichheitsinitiative aus dem Jura ist also eine Umsetzungsinitiative. Zwar steht seit



LOHNGLEICHHEIT JETZT!

Marie-Hélène Thies ist überzeugt: «Wenn wir Lohngleichheit schaffen, würden alle gewinnen.»

FOTO: STÖH GRÜNIG

Wann kommt die Initiative für die ganze Schweiz?

Im Jura reicht die Unia am 8. März eine kantonale Lohngleichheitsinitiative ein. Unia-Präsidentin Vania Alleva freut sich, dass diese so schnell zustande gekommen ist. Die übrige Schweiz müsse jetzt aber subito nachziehen, fordert sie: «Wir müssen nun Nägel mit Köpfen machen! Der Text für eine nationale Initiative wird derzeit beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund ausgearbeitet.»

TEMPO, TEMPO! Die Unia-Chefin ruft alle Frauen und Männer dazu auf, für die Lohngleichheit zu mobilisieren und gemeinsam auf die Strasse zu gehen. Denn laut der neusten WEF-Studie (Global Gender Gap Report) müssten wir noch ganze 217 Jahre auf die Lohngleichheit warten, wenn es im jetzigen Tempo weiterginge. Alleva: «Es ist eine Frechheit, wie der Ständerat die zahnlose Revision des Gleichstellungsgesetzes bekämpft. Mit der Rückweisung an die Kommission werden die Frauen noch weiter hingehalten. Es reicht! Wir müssen jetzt alle auf die Strasse!» Nach dem Internationalen Frauentag am 8. März folgt der 1. Mai mit dem offiziellen Motto: «Lohngleichheit. Punkt. Schluss.» Und im September findet voraussichtlich eine grosse Lohngleichheitsdemo statt. (sr)



UNIA-CHEFIN Vania Alleva.

36 Jahren in der Bundesverfassung: «Frauen haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.» Aber bis heute wurde das nicht umgesetzt. Darum braucht es nun zusätzliche Gesetze, um dem verfassungsmässigen Recht der Frauen auf gleiche Löhne endlich Geltung zu verschaffen.

ENDLICH LOHNTRANSPARENZ

Lanciert hat die Unia Transjurane ihre kantonale Lohngleichheitsinitiative letztes Jahr am 14. Juni. Das Unterschriftensammeln lief wie am Schnürchen: Innert Kürze waren die 2000 erforderlichen Unterschriften beisammen, inzwischen sind es schon über 3600 Unterschriften. Das stimmt optimistisch. Und auch, dass viele Männer die Initiative unterschrieben haben.

Doch Thies wäre nicht Thies, eine «alte» Kämpferin, wenn sie sich jetzt zurücklehnen würde. Bereits plant sie den nächsten Schritt für die Lohngleichheit: Nun müssten die Männer sich endlich getrauen, den Frauen ihre Lohnausweise zu zeigen und Transparenz zu schaffen. Thies: «Viele Männer haben Bedenken, es könnte ihnen dann etwas weggenommen werden. Aber das Gegenteil ist wahr. Wenn wir Lohngerechtigkeit schaffen, würden alle gewinnen!» Und wann wird das sein? Marie-Hélène denkt nach, dann sagt sie mit fester Stimme: «Bis in 15 Jahren, wenn meine Enkelin ins Erwerbsleben eintritt, müsste das zu schaffen sein.»

Coiffeur-GAV gilt jetzt für alle

BERN. Erfolg für die Gewerkschaften Unia und Syna: Der mit dem Arbeitgeberverband Coiffure Suisse geschlossene Gesamtarbeitsvertrag ist vom Bundesrat für allgemeinverbindlich erklärt worden und tritt am 1. März in Kraft. Davon profitieren rund 11.000 Mitarbeitende und 4.279 Coiffeurgeschäfte. Der GAV bringt deutliche Verbesserungen bei den Löhnen und erlaubt, wirksamer gegen Lohndumping und Scheinselbständigkeit vorzugehen. Ab dem 5. Berufsjahr beträgt der Mindestlohn neu 4000 Franken.

Zinctec AG: Warnstreik für Sozialplan

EGNACH TG. Die Mitarbeitenden der Verzinkei Zinctec AG sind am 26. Februar in einen zweistündigen Warnstreik getreten. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, die Firma auf Ende April zu schliessen. Die rund 40 Mitarbeitenden wurden ohne Konsultationsverfahren entlassen. Gemeinsam mit der Gewerkschaft Unia fordern die



NICHT MIT UNS: Die Belegschaft der Zinctec wehrt sich.

Büezer jetzt einen Sozialplan. Nach dem Warnstreik zeigte sich die Geschäftsleitung bereit zu ersten Gesprächen.

SBB, Post & Co.: Cheflöhne weiter ohne Deckel

BERN. Die Cheflöhne bei den bundesnahen Betrieben wie Post, SBB oder Ruag sind unanständig hoch. Darin sind sich eigentlich alle einig; wenn's dann um konkretes Handeln geht, klemmen die Bürgerlichen. So diese Woche wieder im Ständerat: Dieser lehnte eine Motion von Unia-Industriechef und SP-Nationalrat Corrado Pardini mit 34 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Pardini verlangte einen Lohndeckel von 500.000 Franken bei den bundesnahen Betrieben. Der Nationalrat hatte dem Vorstoss noch deutlich zugestimmt. Immerhin soll jetzt eine Vorlage ausgearbeitet werden, die eine Bandbreite der Löhne bis zu 1 Million Franken vorsieht – was den Status quo zementieren würde.

SMS-Service für Arbeitslose

BERN. Sofort Bescheid wissen über die Taggeldabrechnungen: Die Arbeitslosenkasse (ALK) der Gewerkschaft Unia führt einen kostenlosen SMS-Benachrichtigungsservice ein. Nebst den monatlichen Taggeldabrechnungen erhalten die Arbeitslosen auch jedesmal ein SMS, wenn Spesen oder andere Beträge erstattet werden. Es ist das erste SMS-Tool dieser Art, das von einer Arbeitslosenkasse in der Schweiz eingeführt wird.

Mit dubiosen Subunternehmen will der Dumping-Fahrdienst die Gesetze umgehen Uber trickst mit erfundenen Löhnen

BUNDESGERICHT URTEIL MIT SIGNAL- WIRKUNG

Taxifahrer, die für eine Zentrale arbeiten, gelten als unselbstständig: Dieses Urteil des Bundesgerichts vom November betrifft auch Uber-Fahrer. Zu diesem Schluss kommt der Basler Rechtsprofessor Kurt Pärli.

KLARER FALL. In der Fachzeitschrift «Jusletter» zeigt Pärli: Wie bei einer Taxizentrale werden auch bei Uber Fahrten an die Fahrer vermittelt, diese müssen Weisungen befolgen und treten nicht im eigenen Namen auf. Für Pärli ist deshalb klar: Die Gerichte werden den Entscheid der Suva stützen, wonach Uber-Fahrer unselbstständig sind und Uber für sie Sozialabgaben bezahlen muss. Uber weigert sich bisher, dies zu tun. Jetzt muss das Zürcher Sozialversicherungsgericht entscheiden. Ein Urteil wird in den nächsten Monaten erwartet. (che)

Der Taxidienst Uber wechselt die Strategie und setzt neu auf Subunternehmer. Drei davon sind jetzt in Genf mit illegalen Praktiken aufgefliegen.

CHRISTIAN EGG

Löhne von teils unter zehn Franken pro Stunde, weit über 45 Stunden Arbeitszeit pro Woche und Sozialabgabe-Bschiss in sechsstelliger Höhe: Das ist das neue System, nach dem der amerikanische Dumping-Taxidienst Uber in der Schweiz operiert. Jetzt ist es aufgefliegen, nachdem im Dezember rund zwanzig Uber-Fahrer in Genf gestreikt haben – zum ersten Mal in der Schweiz (work berichtete).

NEUE TRICKS

Der Hintergrund: Uber sieht seine Fahrerinnen als «selbständige Partner». Um Kosten zu sparen, weigert sich der US-Gigant, die Fahrer anzustellen oder für sie Sozialabgaben wie AHV oder Pensionskasse zu bezahlen. Nun aber gerät Uber mit diesem Vorgehen immer mehr unter Druck, sagt Roman Künzler, Transportfachmann bei der Unia: «Die Suva und die Schweizer Behörden akzeptieren die Fahrer nicht als Selbständige.»

Also griff das Uber-Management einmal mehr in die Trickkiste: Jetzt arbeitet es mit Schweizer «Partnerfirmen» zusammen. Diese stellen die Fahrer an. Tätig sind sie aber ausschliesslich für Uber. Allerdings zu noch schlechteren Bedingungen als Fahrer, die direkt mit Uber abrechnen.

Drei solche Firmen sind mittlerweile bekannt: Star Limoluxe, Pégase Léman und Digne Limousine. Alle drei operierten bis vor kurzem in Genf. Und tricksten auch, kritisiert Umberto Bandiera von der Unia Genf: «Mit falschen

Angaben haben sie Arbeits- und Aufenthaltbewilligungen für ihre Angestellten erschlichen.»

Dokumente, die work vorliegen, zeigen: Gegenüber den Behörden gab Pégase Léman einen Monatslohn von 3000 Franken netto an. Faktisch zahlte sie dem Fahrer nur zwischen 500 und 1200 Franken aus. Unia-Mann Bandiera stellt

Es geht um mehrere Hunderttausend Franken.

klar: «Bei solchen Dumpinglöhnen hätten die Behörden niemals eine Bewilligung erteilt.» Die drei Firmen wollten zu der Kritik keine Stellung nehmen. Uber wäscht seine Hände in Unschuld. Zu den «Geschäftspraktiken anderer Unternehmen» mache man keine Aussage. Man habe den Partnerfirmen «keine entsprechenden Ratschläge erteilt». Als man darauf aufmerksam wurde, «dass einzelne Unternehmen ihre Fahrer nicht richtig behandelten», habe Uber den Genfer Behörden «sofort unsere Zusammenarbeit angeboten».

ILLEGALE PRAKTIKEN

Zudem zogen die Firmen den Fahrern Beiträge für AHV, Pensionskasse und so weiter ab – meldeten sie aber nicht bei den Sozialversicherungen an. Für Bandiera ist klar: «Das ist illegal. Die ha-



FOTO: PD

ben die Beiträge selber eingesackt und die Fahrer schwarzarbeiten lassen.» Die drei Firmen flogen auf, weil sich die Fahrer wehrten und mit der

Unia Kontakt aufnahmen. Aber der Bschiss geht weiter, ist Unia-Mann Bandiera überzeugt. Und nicht nur in Genf, wie ein Brief aus Zürich zeigt, der work ebenfalls vorliegt. Darin preist Uber sein «Flottenpartner-Modell» an, bei dem Uber den Taxifirmen zusätzliche Fahrten vermittelt.

Seit dem Streik im Dezember hat die Unia unter der Führung des Kantons Genf mit Pégase Léman eine Mediation durchgeführt. Immerhin habe die Firma jetzt 30000 Franken hinterlegt, um die Sozialabgaben nachzubehalten, sagt Bandiera. «Aber bei den Löhnen, die die Fahrer zugute haben, sind noch viele Fragen offen.» Ganz der Mediation verweigert hat sich Star Limoluxe. Ein Verfahren vor dem Genfer Büro für kollektive Arbeitsbeziehungen brachte zahlreiche Gesetzesverstösse zutage, aber keine Lösung. Deshalb gehen rund zwanzig

Fahrer jetzt vor Arbeitsgericht. Unia-Mann Bandiera unterstützt sie. Insgesamt, sagt er, gehe es um mehrere Hunderttausend Franken.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Neuartiger Holzbau: Bald so flexibel wie Betonbauten?

Jetzt kommen Decken aus Brettspertholz statt aus Brettschichtholz. Sie bieten statisch grosse Vorteile. Ein Thuner Unternehmen will damit den Markt erobern.

Der Holzbau hatte lange Zeit einen schlechten Namen. Dabei sind Häuser aus Holz extrem langlebig.

Der Walliser Kardinal Matthäus Schiner (1456–1522) hätte es Anfang des 16. Jahrhunderts in Rom fast zum Papst gebracht. Schiner hetzte die Schweizer Söldner auf dem Schlachtfeld von Marignano in den Tod. Im Kampf gegen die waffentechnisch überlegenen Franzosen. Der Kardinal stammte aus der Gommer Gemeinde Mühlebach VS. Im Dorfkern stehen dort Holzhäuser, die 200 Jahre älter sind als die Gebeine dieses auch nicht mehr so taufrischen Kardinals, die immer noch vermisst werden.

Dafür macht der Holzbau in der Schweiz wieder Fortschritte. Neue Baunormen erlauben heute den Bau von mehrstöckigen Gebäuden aus Holz. Selbst Bauriese Implenja steigt in das Geschäft mit dem Holzbau ein. Schlicht und einfach, weil sich mit Holz schneller und präziser bauen lässt als mit Beton. Und dies bereits zu vergleichbaren Kosten.

NUTZUNGSFLEXIBEL. Das Thuner Unternehmen TS3 hat eine neue Variante des Holzbbaus entwickelt,

die jetzt den Markt erobern will. Es verwendet für die Decken nicht Brettschichtholz, sondern Brettspertholz. Das hat statisch grosse Vorteile, weil die einzelnen Schichten quer gegeneinander verleimt werden. Brettspertholz wird in Europa zu 80 Prozent in Österreich produziert. Schweizer Produzenten sind noch zu klein und deshalb zu teuer. Warum eigentlich?

Brettspertholzelemente können in Grössen von bis zu 3,5 x 16 Metern produziert werden. Die einzelnen Elemente werden mittels Industrieklebern für eine halbe Ewigkeit zu einer Decke zusammengeleimt, die vergleichbar stabil ist wie eine Betondecke. Deshalb reicht es aus, wenn einzelne runde oder eckige Säulen die tragende Struktur eines Thuner TS3-Holzbaues bilden.

Der zentrale Vorteil: Der Holzbau wird künftig so flexibel sein wie der Betonbau, wenn sich dieses System bewährt. Schlicht und einfach deshalb, weil die Zwischenwände nicht mehr tragend sein



HOCH STAPELN MIT HOLZ: Die neu entwickelten Bretter sind so belastbar wie Beton und könnten deshalb auch beim Bau von Wolkenkratzern verwendet werden. FOTO: TS3

müssen. Damit sind Gebäude nutzungsflexibel. Das ist ein grosser Vorteil, wenn man etwa aus Büros Wohnungen machen will – oder umgekehrt.

HENKEL-LEIM. Beton ist fünfmal schwerer als Holz. Deshalb macht beim Holzbau der Schallschutz und vorab der Trittschallschutz etwas Probleme. Implenja glaubt das

Problem nun bei ihrer sieben Stockwerke hohen Quartierüberbauung Sue & Till in Winterthur mit einer elastischen Splittschüttung gelöst zu haben.

Kritikerinnen und Kritiker werden die Nase rümpfen wegen des Leims der Marke Henkel, der die einzelnen Platten verbindet. Obwohl die neuen Klebstoffe formaldehydfrei sind.

LINKS ZUM THEMA:

- rebrand.ly/Romreise
Filmautor Roland Huber war in jungen Jahren angehende Bildhauer und Mitglied der Partei der Arbeit (PdA). Während 35 Jahren drehte Huber schöne Dokumentarfilme für das Schweizer Fernsehen. 2015 begleitete er die Anhänger von Kardinal Schiner durch Rom – bei der Suche nach dessen Knochen.
- rebrand.ly/muehlebach
Seit einiger Zeit kann man das Alter von Holzhäusern mittels Dendro-Analysen auf das Jahr genau bestimmen. Das älteste Holzhaus im Dorfkern von Mühlebach VS stammt aus dem Jahr 1318.
- rebrand.ly/henkel
Der deutsche Leimlieferant Henkel macht pro Jahr 25 Milliarden Franken Umsatz. Der Verwaltungsrat wird von einer Frau präsidiert. Frauen machen den Kapitalismus leider auch nicht sozialer. Trotzdem sind mehr Frauen in den Verwaltungsräten sinnvoll und notwendig.
- rebrand.ly/baumeister
Für die Thuner Entwickler von TS3 gilt: «Liebe Baumeister, bauen wie mit Stahlbeton, nur ohne Dreck und Wasser.» Die Bauarbeiter sind leider keine Ansprechpartner. Dabei erleichtert der Holzbau gerade ihnen das Leben. Vorab den Eisenlegern mit ihren kaputten Rücken.

Sie finden alle Links direkt zum Anklippen auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»:
www.workzeitung.ch



RUHE VOR DEM STURM:
Die Bauleute werden sich mit allen Mitteln für mehr Lohn und eine sichere Rente mit 60 einsetzen.

Bauvertrag: Chefs wollen für mehr Arbeitsstunden weniger bezahlen

Dieses Jahr wird noch ganz heiss

50-Stunden-Woche und auch noch Lohnkürzungen? Nein – sagen die Bauarbeiter. Sie wollen mehr Lohn und einen guten Landesmantelvertrag. Und rüsten sich für Protestaktionen.

RALPH HUG | FOTOS SEVERIN NOWACKI

Der Unmut ist gross. An der Konferenz der Unia-Bauarbeiter in Olten ist er klar spürbar. 300 Delegierte sind da. Die Verhandlungen für einen neuen Landesmantelvertrag (LMV) stehen bevor. Am 13. März startet die erste Verhandlungsrunde. Unia-Bauchef Nico Lutz sagt es klar: «Kollegen, es geht um alles!» Und legt dar, weshalb. Lutz bekommt Applaus. Viel Applaus. Kranführer Pashk Marku aus Sirnach TG bekräftigt: «Jetzt müssen wir kämpfen.» Alle engagierten Bauleute sehen das genau gleich (siehe rechts). Am Ende der Versammlung ist klar: kein neuer Landesmantelvertrag ohne mehr Lohn und eine sichere Rente mit 60.

Gewinne der Baukonzerne: Das grosse Schweigen

Seit Jahren brummt der Bau. Riesenprojekte wie der Bahntunnel durch den Eppenbergraben, der Umbau des Berner Inselspitals, der Roche-Turm in Basel oder die Europaallee in Zürich werden realisiert. Pro Jahr entstehen 50 000 neue Wohnungen. Überall wird renoviert. Im letzten Jahr stiegen die Umsätze im Bauhauptgewerbe um stolze vier Prozent. Und da soll kein Geld für Lohnerhöhungen vorhanden sein? Allein der grösste Baukonzern der Schweiz, die international tätige Implenia, wies für 2016 einen Rekordumsatz von 3,2 Milliarden Franken aus, und der Betriebsgewinn vor Zinsen und Steuern im Schweizer Geschäft stieg um glatte 45 Prozent auf 56,3 Millionen Franken. Die andern Konzerne wie Marti oder Frutiger hüllen sich punkto Gewinne in Schweigen. Da sie nicht an der Börse sind, haben sie als Familien-AG keine Publikationspflichten. (rh)

Drei Punkte haben die Bauleute besonders sauer gemacht:

- **Lohn:** Seit 2014 stiegen die Löhne nicht mehr. Keine andere Branche war so dreist. Überall gab es Lohnerhöhungen, wenn auch minime von 1 bis 1,5 Prozent. Nur im Bau – niente di niente. Bei den letzten Lohnverhandlungen im Herbst hörten die Arbeitnehmervertreter nichts als Klagelieder über hohe Kosten. Dabei brummt das Geschäft gewaltig. Es herrscht Hochkonjunktur. Sowohl im Hoch- wie im Tiefbau verzeichnen die Umsätze und Erträge Spitzenwerte (siehe Box). Doch die Búezer haben nichts davon. Im Gegenteil: Ihr verfügbares Einkommen sinkt,

Die Baubranche boomt – nur für die Búezer nicht.

vor allem aufgrund der steigenden Krankenkassenprämien. Nachdem alle Löhne und Kosten bezahlt sind, bleibt dem Chef für jeden Bauarbeiter ein Gewinn von fast zehntausend Franken. Das weist das Bundesamt für Statistik für das Jahr 2015 aus. Damit soll jetzt Schluss sein: Die Gewinne dürfen nicht länger nur in den Taschen der Chefs und Aktionäre verschwinden.

- **Arbeitszeit:** Baumeisterpräsident Gian-Luca Lardi will bis zu 50 Stunden pro Woche arbeiten lassen. Auch wenn dies die Gesundheit gefährdet. So stellt er sich den neuen Vertrag vor. Unia-Mann Lutz sagt: «Das ist ein Totalangriff auf unsere Rechte.» Lardi segelt im Fahrwasser des Gewerbeverbands. Dieser möchte das Arbeitsgesetz am liebsten ganz abschaffen. Der Gesundheitsschutz kümmert ihn nicht. Lardi provozierte aber noch mehr. Er fordert tiefere Einstiegsgehälter für Lehrgänger sowie Lohnkürzungen für Ältere. Diese verdienen zu viel im Vergleich zu ihrer Leistung, meint der Baumeisterchef und profiliert sich neu als Lohndrücker.

- **Rente mit 60:** Die Kasse für den frühzeitigen Altersrücktritt (FAR) braucht wegen der geburtenstarken Jahrgänge vorübergehend nochmals eine Nachfinanzierung (work berichtete). Zwischen 0,5 Prozent und 1 Prozent für einen begrenzten Zeitraum, denn ab 2024 geht die Zahl der Rentner wieder zurück. Doch die Baumeister verweigern jegliche Verhandlungen. Nico Lutz: «Stattdessen wollen sie das Rentenalter auf 62 heraufsetzen oder die Renten um 30 Prozent kürzen.»

Eine durchschnittliche Rente beträgt rund 4500 Franken, zukünftig wären es noch gut 3000 Franken. Von solchen Renten kann niemand leben. Dieses Spiel auf Zeit hat Tradition. Schon vor drei Jahren machten es die Baumeister so. Bis sie nach Protest- und Streikaktionen einlenkten. Dasselbe Spiel auch bei den früheren Bauverhandlungen in den Jahren 2011.

Geschenkt wird ihnen nichts, das wissen die Unia-Bauleute nur zu gut. Deshalb bereiten sie sich auf eine harte Auseinandersetzung vor. In den nächsten Wochen stimmen die Bauarbeiter über den Streik ab. Für den Fall, dass die Baumeister bei ihrem Totalangriff bleiben. Auf den 23. Juni ist eine grosse Demo in Zürich angesagt. Ab Herbst werden Protest- und Streikaktionen vorbereitet. Trotz aktuellen Tiefsttemperaturen: das Baujahr 2018 wird heiss.

«Voll daneben»: Das sagen Bauarbeiter zu den Provokationen der Baumeister:

ANTONIO RUBERTO (60), BERN:

«Dass die Arbeitgeber immer mehr Leistung von uns verlangen, finde ich voll daneben.»



Wir schenken ihnen schon jeden Tag eine Stunde mit Arbeitsweg, Vorbereitung im Werkhof, Auf- und Ab, Fahrt zur Baustelle und zurück, Umziehen nach Feierabend usw.»

PEDRO PERRO (57), SOLOTHURN:

«Die Rente mit 60 müssen wir unbedingt behalten. Auf 62 Jahre heraufsetzen geht gar nicht. Sollen wir noch länger bei Wind und Wetter arbeiten? Ich warte darauf, dass ich aufhören kann, solange ich noch gesund bin.»



SANDRO CLEMENT (24), IGIS GR:

«Als Maurer macht es mir nichts aus, manchmal auch länger zu arbeiten, wenn es sein muss. Das gibt es halt einfach auf dem Bau. Aber es darf nicht regelmässig sein. Eine 50-Stunden-Woche liegt nicht drin.»



SANDRO GALLO (30), DÜBENDORF ZH:

«Wir brauchen endlich mehr Lohn für alle. Und im neuen Landesmantelvertrag muss die Arbeitszeit klar geregelt sein. Ganz wichtig finde ich die Erhaltung der Frührenten mit 60. Diese Errungenschaften geben wir nicht mehr her.»



ALEX BRINER (65), ZÜRICH:

«Ich habe die Frührente und bekomme bald die AHV. Man muss von der Rente leben können. Mich macht es einfach verrückt, wenn ich sehe, dass die Kollegen seit vier Jahren keine Lohnerhöhung erhalten haben.»



PASHK MARKU (59), SIRNACH TG:

«Ich bin Kranführer und werde bald pensioniert. Jetzt müssen wir kämpfen. Es ist wichtig, dass wir zusammenhalten. Was die Baumeister wollen, geht einfach nicht. Das Geschäft läuft ja gut. Wann wollen sie uns mehr Lohn geben, wenn nicht jetzt?»



Biberli meint: «Zusammen schaffen wir auch das!»



Direkte Demokratie Fake oder Bürgerrecht?

Direkte Demokratie gibt es in vielen Ländern Europas nur tröpfchenweise. Volksinitiativen sind da oft nicht mehr als Petitionen. Und Referenden ein Propagandanäher der Regierung. Drei Beispiele:



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Ungarn: Ministerpräsident Viktor Orbán führte kürzlich eine «Volksbefragung» zum sogenannten Soros-Plan durch. Georg Soros ist ein US-Multimillionär mit ungarischen Wurzeln. 2015 hatte er Vorschläge zu einer europäischen Lösung der Flüchtlingskrise gemacht. Seither schießt der rechtsradikale Orbán aus vollen Rohren auf Soros. Dieser habe einen geheimen Plan, der zur Zerstörung Ungarns führe. Die «Volksbefragung» war also eine Fake-Vorlage. Die fortschrittliche Opposition in Ungarn boykottierte sie.

Beim Brexit ging der Schuss nach hinten los.

Seit der Brexit-Vorlage hat der britische Premierminister David Cameron einen geheimen Plan, der zur Zerstörung Grossbritanniens führe. Die «Volksbefragung» war also eine Fake-Vorlage. Die fortschrittliche Opposition in Grossbritannien boykottierte sie.

Grossbritannien: Eigentlich wollte die konservative britische Regierung von David Cameron 2015 nur ihre Parteigegner schwächen – als dieser das Brexit-Referendum lancierte. Doch der Schuss ging hinten raus: Jetzt ist Grossbritannien nicht mehr in der EU.

Niederlande: Erst vor drei Jahren hat die niederländische Regierung konsultative Referenden gegen Parlamentsbeschlüsse eingeführt. Als erste nutzten es EU-Gegner für ihre Sache. Das passt der Regierung nicht. Sie schafft die Volksabstimmung gleich wieder ab. Statt im Umgang mit Referenden klüger zu werden, schüttet sie das Kind gleich mit dem Bade aus. Referendum gegen diesen Entscheid nicht möglich!

Auf EU-Ebene gibt es die Europäische Bürgerinitiative (EBI). Mit ihr können die EU-Behörden verpflichtet werden, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten. Für eine solche Bürgerinitiative muss man auf hürdenreichem Weg eine Million Unterschriften sammeln. Geschafft haben dies bisher nur vier Initiativen: Die erste forderte das «Recht auf Wasser» (work berichtete). Die jüngste wandte sich gegen giftige Nahrungszusätze. Die Wirkung ist beschränkt, eine Volksabstimmung gibt es nicht. Immerhin baut die EU nun Hürden bei der Unterschriftensammlung ab. Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

UNIA online



Als 3. Generation in der Schweiz?

Seit dem 15. Februar 2018 können sich junge Ausländerinnen und Ausländer der 3. Generation erleichtert einbürgern lassen. Die Bedingungen und Informationen zum Vorgehen finden Sie unter:

www.unia.ch/einbuergung

45 – und wieder links und frech: Die Wiederauferstehung der Roten Anneliese

Fast hätten sie die einzige linke Walliser Zeitung seit 1973 begraben. Aber es kam anders. Zum Glück!

MARIE-JOSÉE KUHN

Auf «walliserdütsch» bedeutet «Anneliese» Analyse und Anneliese zugleich. Und das Beste daran: Die «Rote Anneliese» lebt immer noch. Besser gesagt, die einzige linke Oberwalliser Zeitung seit 1973 lebt neu auf. Fast wäre «iisches Lisi» eingegangen, doch jetzt übernimmt ein junges Frauenteam mit Schwung und Schpeuz die «kritische Stimme des Oberwallis». Stolz präsentieren Redaktorin Silvia Eyer und Layouterin Martina Studer ihre erste Ausgabe, die Nummer 243. Fetziges Front, angriffige Anrisse wie gehabt, aber ohne Hammer-Rot-und-Schwarz. Zum Beispiel: «Der Hunger der Reichen».

Hat das Anneliese-Fieber Peter Bodenmann nie losgelassen?

Auf dem Foto, einer Montage, zündet ein (weisser) Banker sich mit einem Hundert-Dollar-Schein gerade seine Zigarre an. Und neben ihm sitzt ein (schwarzes) Kind, das hungert. Dazu folgender Appetizer: «Hunger gibt es nicht, weil wir die Armen nicht ernähren können. Hunger gibt es, weil der Hunger der Reichen nicht zu stillen ist.» Auf Seite 4 dann der Hauptgang: ein Artikel über die Fakten zur wachsenden Ungleichheit und was wir dagegen tun können. Und als Dessert eine Analyse von Odilo Noti, Geschäftsleitungsmitglied bei Caritas, auch er ein Walliser, kein heuriger Hase.

GARBELY UND BAYARD

So gesellt sich jung und älter im neuen (alten) Tendenzblatt. Auch Recherche-Journalist Frank Garbely darf da nicht fehlen. Er berichtet über einen Überwachungsskandal in der Briger Bocciahalle, an dem sowohl die Bundesanwaltschaft als auch die italienische Anti-Mafia-Polizei DIA beteiligt waren. Dann begegnen wir einem Namen, der uns irgendwie bekannt vorkommt, aber aus einer anderen Welt: Fredi Bayard. Der frühere Walliser Modeunternehmer (Bayard Co. LTD) ist jetzt Medienunternehmer geworden und Mehrheitsaktionär der Mengis Druck und Verlags-AG. Diese gibt den «Walliser Boten» heraus. Alle gingen bisher davon aus, dass sich SVP-Multimilliardär Christoph Blocher früher oder

später den «Walliser Boten» schnappen würde. Jetzt aber: Pech gehabt! Die «Rote Anneliese» glaubt einen der Gründe zu kennen: Die 91 Jahre alte und immer noch vife Mama Bayard kämpfte einst als kommunistische Partisanin gegen Mussolini und die Faschisten. Und ist noch heute stolz auf diese ihre Vergangenheit.

KEINE ROTEN

Spätestens bei dieser Story riecht es nach der Erzählkunst des zweitberühmtesten Walliser Hoteliers neben Art Furrer (Riederalp). Nach dem ehemaligen SP-Präsidenten und regelmässigen work-Autor Peter Bodenmann («Rosa Zukunft»). Bei der Gründung der «Roten Anneliese» in den wilden 1970ern war der rote Peter schliesslich mit dabei. Die ersten Ausgaben sollen im linken Flügel des Zürcher Rothauses in einer WG produziert worden sein. Für die üppigen Titellandschaften wurden noch Letraset-Buchstaben einzeln abgerieben. Die IBM-Proportionalmaschine liess man sich ab und zu bei der Revolutionären Aufbauorganisation Zürich (RAZ) aus. Gedruckt wurde bei der selbstverwalteten Kropress. Und die einzelnen Bogen wanderten in Schachteln verpackt per Zug ins Wallis, wo die Zeitung von Hand zusammengetragen und gefaltet wurde.

Damals gab es in der Oberwalliser Politik nur Schwarze (CVP) und Gelbe (Christlichsoziale), aber keine Roten mehr. Seit hat die «Anneliese», die zeitweise eine verkaufte Auflage von 4000 Exemplaren erreichte, einiges bewegt in diesem Tal des Schweigens. Hat dieses Anneliese-Fieber Peter Bodenmann einfach nicht losgelassen? Auf Anfrage sagt er nichts, nur: «Ist doch super, wie diese jungen Frauen das machen!» Wo er recht hat, hat er recht.

Rote Anneliese, 24 Seiten, 6 Franken, erhältlich am Kiosk (im Wallis) und als Abo (auch Onlineabo) für 50 Franken (oder als Unterstützungsabo für 100 Franken) via E-Mail: rote.anneliese@rhone.ch
www.roteanneliese.ch



Verwaltungsrat wollte Belegschaft noch ein faules Ei legen Fieses Spiel mit dem SDA-Sozialplan

Die Spitzen der Schweizerischen Depeschagentur (SDA) wollen den Kahlschlag weiter durchziehen. Auch mit zweifelhaften Methoden. Darauf steigt die Belegschaft aber nicht ein.

PATRICIA D'INCAU

Das war ein kurzes Intermezzo. Nur drei Tage dauerten die Verhandlungen bei der SDA. Dann liess der Verwaltungsrat die Gespräche platzen. Grund: Die Mitarbeitenden wollten den mageren Sozialplan nicht annehmen.

NUR ZUM SCHEIN

Zur Erinnerung: Anfang Januar hatte SDA-CEO Markus Schwab verkündet, er wolle einen Viertel der Stellen wegsparren, um künftig Dividenden bezahlen zu können. Wer älter ist als 60, solle aufs RAV. Die Belegschaft wehrte sich. Nach vier Tagen Streik war der Verwaltungsrat zu Gesprächen bereit. Angeblich.

Denn am grünen Tisch war davon nicht mehr viel zu spüren. Belegschaftsvertreterin Tina Tuor sagt zu work: «Wir hatten immer das Gefühl, als ob wir vor einer Mauer stünden, als gäbe es keine richtigen Verhandlungen.» Eine Diskussion über den Kahlschlag habe der Verwaltungsrat kategorisch abgelehnt. Stattdessen wollte er seine Version des Sozialplans



MOBILISIERT: Während vier Tagen legte die Belegschaft der SDA Ende Januar, Anfang Februar die Arbeit nieder. FOTO: FRANZISKA SCHEIDEGGER

durchboxen. 2,5 Millionen Franken lautete das letzte Angebot. Rund eine halbe Million mehr, als CEO Schwab im Januar vorgeschlagen hatte. Allerdings nur auf dem Papier. Denn: Er hat den Sozialplan künstlich aufgeblasen. Frech hat der Verwaltungsrat laufende Kosten einberechnet, die das Unternehmen sowieso bezahlen muss.

«SO NICHT!»

Das sei doch ein «gutes Angebot», meint SDA-Verwaltungsrat Martin Hagemann. Es sei nur abgelehnt

worden, weil die Gewerkschaften «ihre eigene Profilierung über die Interessen der Redaktion stellten».

Einen Affront findet diese Aussage Marco Geissbühler von der Gewerkschaft Syndicom: «Der Verwaltungsrat trickst beim Sozialplan, bricht die Verhandlungen einseitig ab – und wir sollen jetzt schuld sein? So nicht!»

Für Geissbühler ist klar: Für einen anständigen Sozialplan braucht es mindestens 4 Millionen Franken. Zum Beispiel für AHV-Übergangsrenten, um älteren Be-

troffenen den Gang aufs RAV zu ersparen. Und das Geld dafür wäre da. Die SDA sitzt auf Reserven von rund 20 Millionen Franken. Die sollen aber den Aktionären ausbezahlt werden, sobald die Fusion zwischen der SDA und der Bildagentur Keystone über die Bühne ist. Am 26. Januar gab die Wettbewerbskommission grünes Licht dafür.

SECO SOLL VERMITTELN

Weil der Verwaltungsrat keine weiteren Gespräche will, ist die SDA nun ein Fall für den Schlichter. Vermitteln soll das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Fein raus ist übrigens Kahlschlag-CEO Markus Schwab. Trotz Nega-

Die Journalisten bangen – der Chef sitzt im gemachten Nest.

tivschlagzeilen stellt sich der Verwaltungsrat hinter ihn. Möglicherweise auch deshalb, weil Schwab kaum gekündigt werden kann. Laut Wirtschaftsmagazin «Bilanz» hat er sich vertraglich gut abgesichert. Entlassen werden kann er frühestens auf Ende 2021. Während die Journalistinnen und Journalisten bei der SDA weiter um ihre Zukunft bangen, sitzt der Chef also im gemachten Nest.

Die Post-Spitze kommt bei den Angestellten schlecht weg

«Die Pause reicht nicht einmal für aufs WC»



DIE ZEIT IST KNAPP: Ein Computer rechnet aufgrund der Anzahl Briefe aus, wie lange die Briefträgerinnen für ihre Tour maximal haben dürfen. FOTO: KEYSTONE

Die Schweiz diskutiert den Subventions-Bschiss bei den Postautos. Doch wie geht's eigentlich den Post-Mitarbeitenden? work hat sich umgehört.

CHRISTIAN EGG, PATRICIA D'INCAU

Der Postauto-Bschiss ist in aller Munde. Das Management machte Gewinnvorgaben, die nicht auf ehrlichem Weg erreicht werden konnten. Darum wurden Zahlen frisiert und zu hohe Subventionen kassiert. Nun ermittelt das Bundesamt für Polizei.

Der Postauto-Skandal ist eine Folge des Profitstrebens der bonusgetriebenen Post-Spitze um CEO Susanne Ruoff (Jahres-einkommen 2016: 974 178 Franken). Seit Jahren baut die Post den Service ab – und verschlechtert die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden (siehe unten). Nur oben wird schamlos abkassiert.

ANGST UND WUT AN DER BASIS

Durch alle Bereiche der Post hindurch berichten Beschäftigte von Zeitdruck, Frust und der Angst, die Stelle zu verlieren. Da ist zum Beispiel Jakob Lüscher*, der am Bahnhof Chur förmlich aus seinem Postauto herauspringt, um einer Passagierin mit dem Koffer zu helfen. Es ist wenige Tage nach dem Auffliegen des Skandals. «Sie haben uns gesagt, wir müssten jetzt besonders hilfsbereit sein», sagt er. Sein Kol-

lege Walter Bösch*, Mitte fünfzig, grauer Schnauz und Glatze, steuert sein Poschi routiniert durch den Berner Mittagsverkehr. Zum work-Reporter sagt er: «Das ist eine Riesensauerei der Chefs. Wir Chauffeure werden mit verdeckten Kontrollen überwacht. Wenn das Namensschild fehlt oder das Radio zu laut ist, gibt's einen Zusammenschiss.

«Wer nicht schnell genug ist, muss antanzen.»

KLARA SCHMID, 51, BRIEFTRÄGERIN

Aber bei denen oben hat offensichtlich niemand richtig hingeschaut.» Viktor Liechti*, jünger und mit dunkler Sonnenbrille, schildert den Profit- und Zeitdruck, den das Post-Management in den letzten Jahren bis zum Geht-nicht-mehr erhöht hat. Früher gab es zwischen zwei Postautokursen sechs, sieben Minuten Pause. «Heute sind es noch zwei Minuten», sagt Liechti. «Das reicht nicht einmal, um aufs WC zu gehen.»

MANAGEMENT PER STOPUHR

Am Postschalter heisst das neue Führungsinstrument «KGS». Die Abkürzung steht für «Kundengeschäfte pro Schalterstunde». Bei der Päckli-post wird Leistung in «Päckli-kunden» gemessen: So viele Sekunden, um ein Päckli zuzustellen. Und bei den Briefträgerinnen und Briefträgern rechnet das System aufgrund der Anzahl Briefe jeden

workfrage: Was sagen Sie zum Postauto-Bschiss?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema!

Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

Morgen aus, wie lange sie für ihre Tour brauchen dürfen, danach wird eine Rangliste erstellt. «Wer zu langsam ist, muss antanzen», sagt Klara Schmid*, 51 Jahre, aus der Nordwestschweiz.

AUSLAGERN UND LÖHNE DRÜCKEN

Weil die Post laufend Poststellen schliesst, ist beim Schalterpersonal die Angst um den Job allgegenwärtig. Post-Mitarbeiterin Laure Wenger* (56) sagt zu work: «Mit meiner Entlassung muss ich früher oder später rechnen.» Fast alle Kolleginnen und Kollegen seien auf der Suche nach neuen Stellen: «Junge finden einen Job bei Banken. Ab 40 geht nicht mehr viel, und für noch Ältere ist es fast unmöglich.»

Besonders schlecht dran sind die Angestellten der Presto AG. Sie liefern frühmorgens Zeitungen in die Briefkästen. Presto-Leute haben deutlich schlechtere Löhne als Briefträger. Das war nicht immer so, erzählt Thomas Bucher* aus Basel. 2009, bevor die Post die Firma aufkaufte, betrug sein Stundenlohn 23 Franken 50. «Heute sind es noch 17 Franken 65.»

* alle Namen geändert

20 JAHRE GELBER RIESE: VOM GRUNDVERSORGER ZUM PROFITKONZERN

Lohndruck und Serviceabbau für Angestellte und Bevölkerung – höhere Boni und Millionengewinne für Kader und Staatskasse

1998 Aus der PTT werden die Schweizerische Post und die

Swisscom. Post-Konzernleiter ist **Ulrich Gygi (SP)**. Die Post wird zum öffentlichen Konzern mit Verwaltungsrat und Management und den drei Bereichen Post, Postauto und Postfinance. Sie soll die Grundversorgung gewährleisten und eigenwirtschaftlich sein.

2001 Die Post beschliesst den Abbau der Poststellen von 3500 auf 2500.

2002 Die Post will die durch Absenzen und Unfälle bedingten Lohnkosten um 50 Millionen Franken senken.

2005 Die ersten Postagenturen in Dorfläden anstelle von Filialen gehen in Betrieb. Die Post fährt

einen Rekordgewinn von 837 Millionen Franken ein.

2006 Die Post setzt ihre Paketboten und Briefträger mit engen Zielvorgaben unter Druck.

2008 Die Post lagert die Reinigung aus. Gegen 2500 Mitarbeitende haben jetzt «marktübliche», d. h. tiefere Löhne.

2009 Die Post übernimmt die Presto AG, die frühmorgens Zeitungen zustellt. Die Mehrzahl der ohnehin schlechten Löhne sinkt.

2011 Die Post übernimmt von Tamedia die Genfer Firma Epsilon, die in der Westschweiz Adressen bewirtschaftet und Zeitungen verteilt. Sie untersteht keinem GAV. Prekäre Löhne von 6 Franken pro Stunde werden publik.

2012 Susanne Ruoff wird neue Konzernleiterin. Sie will die Löhne der 7200 Schalterangestellten senken. Diese sollen nicht mehr als

10 bis 12 Prozent über denjenigen im Detailhandel liegen.

2015 Die Post lagert ihre Camionflotte von Post Logistics aus. Der Konzern macht einen Gewinn von 645 Millionen Franken. Den 180 Betroffenen drohen tiefere Löhne, weil sie keinem GAV mehr unterstehen. Die **Chauffeure wehren sich mit Protestpausen** in den Logistikzentren in Cadenazzo TI und Ostermündigen BE.



FOTO: KEYSTONE

2016 Die Post will bis 2020 die Kosten bei der Verwaltung (Finanzen, Personal, Kommunikation) um 30% senken.

2017 Sparprogramm und Reorganisation bei Postfinance.

120 Angestellte der Belegverarbeitung werden zu Post Solutions verschoben. Dort gilt ein schlechterer GAV mit tieferen Löhnen. Reorganisation der Post-Informatik: Kosten sollen um 15% gedrückt werden.

2018 Der Skandal bei Postauto mit Um- und Scheinbuchungen zur Verschleierung von unerlaubten Gewinnen bei den Regionallinien platzt. **Susanne Ruoff**, Konzernchefin, und Urs Schwaller, Verwaltungsratspräsident, und Bundesrätin Doris Leuthard geraten unter Druck. Der «Tages-Anzeiger» rechnet vor, dass die Löhne und Boni der Post-Kader von 2006 bis 2016 um 24% gestiegen sind. Der Bonusanteil erhöhte sich von 24% auf 31%. (rh)



FOTO: KEY



la suisse existe
Jean Ziegler

DER STREIK DER MILLIONÄRE

Steil fallen die steinigen Hänge des Ávila-Massivs ins Hochtal hinab, in dem die Millionstadt Caracas, Venezuela, liegt. An den Hängen drängen sich die Ranchos, die Elendsquartiere. Fast unüberschaubar ist der Ozean von Bretterbuden, Wellblechdächern und armseligen Behausungen. In «Nuevo Amanecer» (Morgenröte), einem der ärmsten Ranchos, stehen Menschen Schlange vor einem einstöckigen Betonbau. Dort operieren kubanische Ärzte der

Schweizer Chirurgen verdienen im Schnitt 1 Million Franken pro Jahr.

«Mission Licht» im Halbstundentakt die vom Katarakt, dem Grauen Star,

angegriffenen Augen. Unbehandelt führt der Graue Star zur Erblindung. Die drei Kubaner – zwei Männer und eine Frau – retten den Menschen das Augenlicht. Ich frage nach dem Preis der Operation. Die Antwort: «Wer bezahlen kann, zahlt zehn Dollar.» In Genf kostet die gleiche Operation 3000 Franken.

DER SKANDAL. In der Schweiz sind die Krankenkassenprämien dieses Jahr um durchschnittlich vier Prozent gestiegen. Das ist ein unerträglicher Skandal für Hunderttausende Familien. Erklärt wird dieser Skandal in der bürgerlichen Presse mit der Behauptung «steigender Gesundheitskosten» – als ob die Prämiapolitik der Kassen einem Naturgesetz folgen würde!

Drei Hauptgründe für die unaufhörliche Prämiensteigerung sind: die horrenden Gehälter (und Spesen) der Krankenkassen-Moguln; die Medikamentenpreise, die in der Schweiz durchschnittlich um 30 Prozent höher sind als im benachbarten Ausland; schliesslich die astronomischen Honorare der Spezialärzte.

Alain Berset ist ein mutiger und energischer Bundesrat. Anfang dieses Jahres hat er den Tarmed, die Maximalvergütung für die ambulante Behandlung durch Spezialärzte, herabgesetzt. Chirurgen verdienen durchschnittlich 1 Million Franken im Jahr – so errechnet vom Genfer Gesundheitsdirektor, Regierungsrat Mauro Poggia («Tribune de Genève», 2. 2. 2018). Die meisten Augen- und Frauenärzte oder Orthopäden liegen in derselben Einkommensklasse. Der ärztliche Berufsverband (FMH) schreit trotzdem Zeter und Mordio.

«QUALITÄT DER MEDIZIN». Valérie Prués-Latour, die Präsidentin der Genfer Orthopäden, hat den Streik der ambulanten Operationen ausgerufen. Augen- und Frauenärzte und die Spezialisten für Handchirurgie sind ihr gefolgt. Angeblich gefährdet Berts Dekret die «Qualität der Medizin».

Am Montag, dem 29. Januar, versammelte Berset im Kursaal in Bern die jährliche Nationale Gesundheitskonferenz. Vor über 300 Vertreterinnen und Vertretern der Ärzteschaft, von Spitälern, Versicherungen und Pflegepersonal erläuterte er seinen Sparkurs. Und wurde aus den Reihen der Spezialärzte aufs heftigste angegriffen. Zwei sachkundige Regierungsräte eilten ihm zu Hilfe: der schon erwähnte Genfer Gesundheitsdirektor Mauro Poggia und sein ebenso kluger Kollege Pierre-Yves Maillard aus der Waadt. Ihre Voten schufen Transparenz. Was ist zu hoffen? Dass der Ärztestreik zusammenbricht und dass eine mobilisierte Öffentlichkeit Berset, Maillard und Poggia dezidiert und kräftig unterstützt.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.

Frauen gehören ins Haus, ins Bundeshaus!

Diese Politikerinnen haben die Schweiz geprägt



JUDITH STAMM (*1934): DIE UNERSCHROCKENE
Die Luzerner CVP-Politikerin war Richterin und Jugendanwältin. 1983 bis 1999 politisierte die mutige Scharfdenkerin im Nationalrat. Engagiert kämpfte sie etwa für eine Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch. 1986 kandidierte sie gegen den Willen ihrer Partei für den Bundesrat. Aus Protest, dass die CVP-Fraktion keine Frauen aufgestellt hatte. Obschon sie nicht gewählt wurde, machte ihr Beispiel anderen Frauen Mut.



ANITA FETZ (*1957): DIE FRAUENBEWEGTE
Sie kam aus der linken Poch und war Geschäftsführerin der feministischen Organisation für die Sache der Frau (Ofra). 1999 wurde die Basler SP-Frau in den Nationalrat gewählt, seit 2003 sitzt sie im Ständerat. Ihr Engagement für die Gleichstellung der Frauen verfolgt Fetz auch als Mitinhaberin der Unternehmensberatungsfirma Femmedia.



RUTH DREIFUSS (*1940): DIE LANDESMUTTER

Die Gewerkschafterin und Drittweltaktivistin war die erste Sozialdemokratin im Bundesrat. Nach der Nichtwahl von Christiane Brunner und der Verzichtserklärung von Francis Matthey (siehe unter Brunner) kandidierte sie schliesslich als politische «Zwillingschwester» von Brunner und wurde gewählt. Als Innenministerin erreichte sie unter anderem die Einführung der Krankenversicherung (KVG) für alle und die 10. AHV-Revision, die wichtige Neuerungen für die Frauen brachte. Zudem kämpfte sie für die Einführung eines Mutterschaftsurlaubs. Erst zwei Jahre nach ihrem Rücktritt als Bundesrätin kam ein solcher 2004 auf nationaler Ebene durch.

CHRISTIANE BRUNNER (*1947): DIE IKONE

Die Sozialdemokratin war die erste Frau an der Spitze einer grossen Gewerkschaft – und des Gewerkschaftsbundes. 1993 kandidierte sie als Bundesrätin. Bereits im Vorfeld ihrer Kandidatur bewarfen Politiker sie mit Schlammschwallen und Dreck, weil sie nicht ins traditionelle Frauenbild passte. Sie lebte zum Beispiel in einer Patchwork-Familie. Das Parlament zog ihr den SP-Nobody Francis Matthey vor. Die Nichtwahl von Brunner löste breite Empörung und massive Frauenproteste aus. Schliesslich verzichtete Matthey auf Druck seiner Partei auf das Amt.

ELISABETH KOPP (*1936): DIE TRAGISCHE

Die Freisinnige von der Zürcher Goldküste war die erste Bundesrätin der Schweiz und Justizministerin. 1989 trat sie vorzeitig zurück. Sie war über ihren Mann, Wirtschaftsanwalt Hans W. Kopp, gestolpert. In der Affäre Kopp ging es um Drogengeldwäscherei-Vorwürfe gegen die Firma Shakarchi, in der dieser im Verwaltungsrat sass. Elisabeth Kopp rief ihren Gatten an, warnte und bat ihn, aus dem Verwaltungsrat auszutreten.



LISE GIRARDIN (1921–2010): DIE PIONIERIN

Die Freisinnige aus Genf war fast überall Pionierin: erste Grossrätin, erste Staatsrätin, erste Stadtpräsidentin und schliesslich, 1971, erste Ständerätin. Auf Bundesebene engagierte sich die Geisteswissenschaftlerin für die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und für die Gleichstellung von Mann und Frau.



ROSA BLOCH (1880–1922): DIE REVOLUTIONÄRIN

Im Landesstreik sass die Zürcher Marxistin als einzige Frau im Oltener Aktionskomitee, allerdings nur für zwei Monate, dann musste sie einem Mann Platz machen. Engagiert kämpfte sie in der sozialistischen Frauenbewegung. 1918 wurde sie erste Präsidentin der Zentralen Frauenagitationskommission der SPS und übernahm die Redaktion der Arbeiterinnenzeitung «Die Vorkämpferin». Später trat sie aus der SP aus und in die KP ein.



JOSI MEIER (1926–2006): DIE LEGENDE Die Anwältin aus Luzern setzte sich früh für Gleichberechtigung und Frauenstimmrecht ein. 1992 wurde sie die erste Ständeratspräsidentin der Schweiz. Meier war eine der pointiertesten CVP-Politikerinnen, ihre Reden voller Schalk und Biss. Von ihr stammt der Spruch: «Frauen gehören ins Haus; ins Gemeindehaus, ins Rathaus, ins Bundeshaus!»



LILIAN UCHTENHAGEN (1928–2016): DIE VORREITERIN Die Sozialdemokratin gehörte zu den ersten zehn Frauen, die nach Einführung des Frauenstimmrechts 1971 in den Nationalrat gewählt wurden. Und sie war die erste Bundesratskandidatin der Schweiz. Doch ohne Erfolg. Der Bürgerblock verhinderte ihre Wahl und hievte stattdessen den gemässigten Otto Stich in die Landesregierung.

Gender-Forscherin untersucht die Gleichstellung in der FDP, CVP und SP

«Geduld bringt den Frauen keine Rosen»

Wo hatte es eine engagierte Politikerin zwischen 1971 und 1995 am besten? Sicher nicht in der FDP, sagt Historikerin Amlinger. Dort war der Weg für Frauen sehr steinig. Und er ist es immer noch, wie die Wahl von Ignazio Cassis gezeigt hat.

PATRICIA D'INCAU, MARIE-JOSÉE KUHN work: Wo war eine engagierte Politikerin zwischen 1971 und 1995 am besten aufgehoben?

Fabienne Amlinger: In der SP. Sie pflegte Frauenförderung und Gleichstellungsthemen mit Abstand am meisten. Einfach war es für die Politikerinnen zwar auch dort nicht. Die Sozialdemokratinen mussten sich durchaus gegen die Genossen durchboxen. Doch sie hatten einen weniger steinigen Weg als ihre Kolleginnen in der CVP oder FDP.

Was machte die SP besser?

Ganz allgemein kann man sagen, dass die SP-Frauen bereits vor Einführung des Frauenstimmrechts 1971 gewisse Anteile an Delegiertenversammlungen hatten und in gewissen Parteigremien vertreten waren. Aber es war keine Geschlechterparität da. Die Machtpositionen wurden nach wie vor von Männern gehalten. Und es gab Ränkespiele, mit denen dafür gesorgt wurde, dass Frauen nicht auf Wahllisten kamen oder schlechte Plätze erhielten. Und auch in der SP galt: Frauen sind zuständig für sogenannte Frauenanliegen. Also für Familie, Soziales usw.

Aber: Die SP forderte als erste der grossen Parteien das Frauenstimmrecht. Und zwar schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die SP entstand ja aus der sozialistischen Arbeiterbewegung mit einer langen Tradition, die bereits gleichstellungspolitische Anliegen vertrat. Die bürgerlichen Parteien hingegen lehnten das Stimmrecht lange ab, bevor sie verhalten Ja sagten. Auch nach der Einführung des Frauenstimmrechts schrieb die SP sogenannte Frauenanliegen viel grösser als FDP und CVP. Nicht, weil die SP per se eine frauenfreundliche Partei gewesen wäre, sondern, weil sie in einem Konkurrenzverhältnis stand mit anderen linken Parteien. Auch die neue Frauenbewegung, deren Exponentinnen Ende der 1970er Jahre teilweise in die SP eintraten, sorgte für einen feministischen Umschwung. Diese brachten ihre Protestformen mit in die Partei: Es gab witzige Aktionen, Flyers, feministische Vollversammlungen und – den Frauenstreik.

Die FDP warb mit dem Slogan «Die FDP hat die Frauen gern». Das war also nicht ganz der Fall?
Meine Forschung hat gezeigt, dass gerade die Frauen im Freisinn enorm die kämpfen mussten, um gehört und gewählt zu werden. Als mit Elisabeth Kopp 1984 die erste Frau in den Bundesrat einzog, hat sich die FDP zwar sehr damit gebrüht. Aber von ernsthaften und aktiven Gleichstellungsbestrebungen konnte in dieser Partei nicht die Rede sein.

Die Wahl von Elisabeth Kopp zeichnen Sie in Ihrem Buch als «Gnadenakt». Was meinen Sie damit?
Der Begriff «Gnadenakt» geht zurück auf den Historiker Bernard Degen. Der Freisinn regierte im Bundesrat ja die ersten 43 Jahre ganz alleine. Dann liess er zuerst die Katholisch-Konservativen mitregieren, quasi als Gnadenakt. Später dann die SP. Und noch später wurde dieser Gnadenakt auch den Frauen zuteil – mit der Wahl von Elisabeth Kopp. Dazu muss man wissen, dass sich die FDP in den 1980er Jahren schwertat mit gewissen

Die Wahl von Elisabeth Kopp zeichnen Sie in Ihrem Buch als «Gnadenakt». Was meinen Sie damit?
Der Begriff «Gnadenakt» geht zurück auf den Historiker Bernard Degen. Der Freisinn regierte im Bundesrat ja die ersten 43 Jahre ganz alleine. Dann liess er zuerst die Katholisch-Konservativen mitregieren, quasi als Gnadenakt. Später dann die SP. Und noch später wurde dieser Gnadenakt auch den Frauen zuteil – mit der Wahl von Elisabeth Kopp. Dazu muss man wissen, dass sich die FDP in den 1980er Jahren schwertat mit gewissen

Frauen in ihrer Partei. Ich denke da etwa an die Berner Politikerin Leni Robert. Sie war den freisinnigen Männern zu grün und sie stempelten sie als Linke ab. Und nicht nur sie. Das führte dazu, dass mehrere FDP-Frauen aus der Partei austraten. Um nicht als frauenfeindlich zu gelten, musste die FDP handeln, und so kam es zur Wahl von Elisabeth Kopp.

Pikanterweise stolperte Kopp am Ende ausgerechnet über ihren Mann...

Ja, es ging um Drogengeldwäscherei-Vorwürfe gegen die Firma Shakarchi, in der Kopp's Mann, Wirtschaftsanwalt Hans W. Kopp, im Verwaltungsrat sass. Elisabeth Kopp rief ihn an, warnte und bat ihn, aus dem Verwaltungsrat auszutreten. So begann die Affäre Kopp: Der erste Bundesrätin warf man vor, dass sie ihren Mann vor einer Strafuntersuchung bewahrt habe. 1989 trat Kopp vorzeitig zurück.

Immer wieder beschwerten sich freisinnige Frauen, bei Wahlen übergangen zu werden. Zuletzt bei der Wahl von Ignazio Cassis in den Bundesrat. Doch aus ihrer Empörung wird nie Aktion. Warum nicht?

Die FDP-Frauen vertreten das liberale Credo: «Wer sich nur genug anstrengt, der schafft es auch.» Wenn eine Frau einen Posten also nicht bekommt, ist sie quasi selber schuld. Die freisinnigen Frauen lehnten deshalb auch parteiinterne Quoten lange ab. Mit Quoten würde dann nicht mehr die beste Person gewählt, so argumentierten sie.

Gleichzeitig haben diese Frauen immer wieder erlebt, dass sie, selbst wenn sie sich noch so reinknien, die männlich dominierten FDP-Strukturen nicht durchbrechen können. Das ist der Grundwiderspruch der freisinnigen Frauen. Und ja, es ist schon verwunderlich, wie beharrlich sich dieses Muster hält. Das hat die Cassis-Wahl gezeigt.

Sie schreiben in Ihrem Buch, dass das anpasserische Verhalten der bürgerlichen Frauen die Macht der Männer zementieren geholfen habe.

Genau. Sie haben sich lange geduldig gezeigt und wenig Kritik geübt. Doch die Geschichte zeigt, Geduld bringt den Frauen keine Rosen. Und seit es Frauenorganisationen gibt, können sich die Parteimänner noch besser aus der Affäre ziehen: Sie schieben die Zuständigkeit für die Gleichstellung einfach an die Frauen ab. Beklagen sich die Frauen, dass es nicht vorwärtsgehe mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik, sagen die Männer: Ihr seid selber schuld, wenn ihr das nicht hinbekommt. Immer wenn Frauen im Freisinn Kritik an der Partei übten, wurden sie mundtot gemacht mit dem Argument, sie seien zu links. Das zeigt, in welcher schwieriger Lage sich die Frauen befanden.

Etwas mutiger waren die CVP-Frauen, sie forderten früher als die freisinnigen Frauen parteiinterne Quoten. Warum?
Das hatte auch mit der Person von CVP-Frauenpräsidentin Ruth Grossenbacher zu tun. Unter ihr wurde 1991 die Quote eingeführt. Damals herrschte in der



FABIANNE AMLINGER: Nur die SVP konnte die Historikerin nicht untersuchen – das SVP-Archiv ist nicht öffentlich zugänglich. FOTO: FRANZISKA SCHEDEGGER

Frauen in der Politik

Fabienne Amlinger (41) ist Historikerin und Geschlechterforscherin. Sie arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Dozentin am Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung an der Universität Bern. Für ihre Dissertation hat sie die Geschichte der Frauenorganisationen von SP, CVP und FDP erforscht. Die Arbeit ist Ende 2017 als Buch unter dem Titel «Im Vorzimmer der Macht?» erschienen.

Fabienne Amlinger: Im Vorzimmer der Macht? Die Frauenorganisationen der SPS, FDP und CVP 1971–1995. Chronos-Verlag 2017. 416 Seiten, CHF 58.–.

Schweiz ein gleichstellungspolitischer Aufbruch: Es gab den Frauenstreik, die Frauensession im Parlament und zwei Jahre später den Skandal um die Nichtwahl von Christiane Brunner. Auch die CVP-Frauen mussten nach zwanzig Jahren Frauenstimmrecht feststellen: Die

Vom Brunner-Skandal haben auch die bürgerlichen Frauen stark profitiert.

Frauenanteile im Parlament, in den Parteien und politischen Gremien sind immer noch sehr niedrig. Sie erkannten: Wir müssen handeln.

Aber eigentlich hatten die CVP-Frauen doch schlechtere Voraussetzungen als die freisinnigen Frauen. In der CVP herrschte ein konservativeres Frauenbild: «Küche, Kinder, Kirche».

Ja, aber in diesem Frauenbild lebt auch das Bild der Mutter – und das ist positiv besetzt. In dieser vom Katholizismus geprägten Vorstellung braucht es für eine gute Gesellschaft auch das Element der Fürsorge, das Frauen zugesprochen wurde. Dadurch stand den Frauen bei der CVP ein gewisser Spielraum offen.

Die CVP hatte ja auch wirklich ein paar sehr beeindruckende «Mütter», aber mit Haaren auf den Zähnen. Etwa die erste Ständeratspräsidentin Josi Meier. Oder Judith Stamm, die ohne die Unterstützung ihrer Partei 1986 wild für den Bundesrat kandidierte. Leider kommen sie im Buch nicht vor. Weshalb nicht?
Sie fehlen, weil das den Umfang meines Buches gesprengt hätte. Aber Sie haben

recht, es gab in der von mir untersuchten Zeit ein paar sehr mutige, engagierte und auch pointierte CVP-Politikerinnen. Sie hatten es nicht einfach und dennoch: sie blieben auf ihren Posten.

1983 kandidierte die SP-Frau Lilian Uchtenhagen als erste Frau für den Bundesrat. Ohne Erfolg. Es gab aber keinen Aufstand. Zehn Jahre später bei der Nichtwahl von Christiane Brunner schon – und wie! Was hatte sich verändert?

Es gab bei Uchtenhagen schon auch Protest, aber nicht in diesem Ausmass. Zehn Jahre später hatte sich die Stimmung in der Gesellschaft geändert. Bereits im Vorfeld der Nichtwahl von Brunner spielten ihre Gegner auf die Frau. Sie veranstalteten eine grosse Schlammschlacht, weil Brunner in einer Patchwork-Familie lebte, weil sie Feministin war und weil sie ganz einfach nicht dem Frauenideal des männlich und bürgerlich dominierten Parlaments entsprach. Man griff sie auf eine ganz primitive Art und Weise an. Das empörte viele: dass dies am Ende des 20. Jahrhunderts immer noch möglich war! Und diese Empörung entlud sich dann in Massenprotesten. Bis weit ins bürgerliche Lager hinein zeigten sich Frauen solidarisch mit der Gewerkschafterin und SP-Frau.

Brunner ging ans Herz, sie hatte die Ausstrahlung einer Edith Piaf. Sie kam von unten und hat viel gelitten. Sie bot halt auch viel Identifikationsfläche.

Das stimmt, sehr viele Frauen haben sich mit ihrem Schicksal identifiziert. Die Ohrfeige, die sie mit ihrer Nichtwahl bekam, war für viele Frauen eine Ohrfeige. Es gibt übrigens ein Archiv mit

Briefen, die Christiane Brunner damals erhalten hatte, die zeigen genau das.

Sie haben den Brunner-Skandal auch als Wendepunkt für FDP und CVP bezeichnet. Inwiefern?

Weil endlich etwas sagbar wurde: die ungleiche Machtverteilung zwischen Mann und Frau. Endlich konnten sich auch bürgerliche Frauen einer breiten Empörung anschliessen. Wenn Zehntausende Menschen auf der Strasse protestieren, ist das einfacher. Viele bürgerliche Frauen traten damals aus Protest aus der Partei aus, während die SP enorm Mitgliederzuwachs verzeichnen konnte. Bürgerinnen und Bürger drohten aus Protest mit einem Steuerboykott. Die Schweiz bebte. Und da merkten auch die Parteileitungen von FDP und CVP: Ui, hier passiert etwas. Sie schufen daraufhin zusätzliche Stellen für Gleichstellungs- und Frauenanliegen.

Dann haben also die Frauen von aussen den Frauen in den Parteien den Weg geebnet?

Ja, so ist es. Vom Brunner-Skandal haben auch die bürgerlichen Frauen stark profitiert. Etwa bei den Wahlen in den darauffolgenden Jahren. Auf nationaler Ebene ist der Frauenanteil seit damals in der Tendenz gestiegen. Allerdings geht er im Ständerat seit 2003 wieder zurück und ist aktuell auf den Stand von Ende der 1990er Jahre gefallen.

Wohin geht die Reise heute? Vorwärts oder rückwärts?

Die Tendenzen sind gegensätzlich: Einerseits gibt es Errungenschaften, beispielsweise auf juristischer Ebene. Ich denke dabei an den Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung oder an das

neue Eherecht. Auch im Bezug auf Bildung und Stellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt wurden grosse Fortschritte gemacht. Andererseits bleibt noch viel zu tun. Lohnungleichheit, Sexismus, Untertretung von Frauen in Wirtschaft

Es gab in der CVP ein paar sehr mutige, engagierte Politikerinnen.

und Politik sind nur einige Stichworte. Teilweise gibt es sogar Rückschritte wie beispielsweise sinkende Frauenanteile in der Politik oder das Aufkommen von traditionalistischen Frauenbildern, die wieder die Hausfrauenrolle idealisieren.

Womit wir bei der grossen Abwesenheit in Ihrem Buch waren. Warum fehlt die SVP?

Ganz einfach: Die SVP ist die einzige Regierungspartei, die kein öffentlich zugängliches Archiv hat. Ich konnte sie deshalb also nicht berücksichtigen.

Aber ohne die SVP, das gibt doch ein Zerrbild der Realität. Die SVP war gegen das neue Eherecht, gegen die Mutterschaftsversicherung usw. Die frauenfeindlichsten aller Parteien darf doch nicht fehlen!

Man muss berücksichtigen, dass die SVP im Zeitraum, auf den sich meine Untersuchung konzentriert, noch nicht die heutige Grösse und Bedeutung hatte. Sie war damals die kleinste unter den vier Regierungsparteien. Es gibt übrigens ein Forschungsprojekt, das den Umgang der SVP mit Frauen bei Wahlen untersucht. Die Partei hat den Forschenden den Zugang zu den Dokumenten inzwischen aber wieder entzogen.



Waschen, legen und sich wehren!

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++

Wohnen mit Sicht auf die Berner Alpen

An schöner und zentraler Lage vermieten wir an der Siedlungsstrasse 16, 3603 Thun

3-Zimmer-Wohnung im obersten Stockwerk

mit diesen Vorzügen:

- Mietzins Fr. 1433.– plus Fr. 230.– HK/NK-Akonto
- Parkett- und Plattenboden • offene Küche mit Glaskeramik
- neu gestrichen
- grosszügiger Grundriss
- praktische Einbauschränke • helles Badezimmer • sonniger Balkon • Reduit • Kellerabteil • Trocknungsraum mit Secomat im UG



Das Quartier Lerchenfeld ist sehr kinderfreundlich. Diverse Einkaufsmöglichkeiten sowie ÖV, Autobahnanschluss A6 oder die Aare sind in unmittelbarer Nähe. Vereinbaren Sie heute noch einen unverbindlichen Besichtigungstermin mit uns. Frau Jasmin Lörtscher steht Ihnen unter der Telefonnummer 031 350 22 33 gerne für Auskünfte zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihren Anruf!

Sie suchen ein neues Zuhause in der Region Bern, Solothurn, Olten, Grenchen oder Freiburg? Besuchen Sie unsere Homepage unter www.zivag.ch.

zIVAG 
Die faire Immobilienverwaltung

Was, wie, wo, wann am 8. März? Der Frauentag lebt

Am Internationalen Tag der Frau läuft was. work bringt eine Auswahl der Veranstaltungen.

Wie jedes Jahr machen auch die Unia-Frauen mit. Sie markieren Präsenz für die Sache der Frau in verschiedenen Orten vor Läden und an Ständen. Es gibt Guetsli, Rosen und Flyer. Genaue Daten auf www.unia.ch/8maerz.

AARAU

Demo gegen die Abschaffung der kantonalen Fachstelle für Gleichberechtigung. Bahnhof Aarau, 17.30 Uhr. www.gleichstellung-retten.ch

BASEL

fem*fest, intersektionales Festival für queer-feministische Anliegen. 7. bis 11. März. Veranstalterin Kollektiv 8. März. Verschiedene Standorte. www.facebook.com/Kollektiv8

BERN

Protestdemo von Unia und SGB zu «Lohnleichheit jetzt!». Waisenhausplatz, 11.30 Uhr bis 13 Uhr. www.rebrand.ly/subito

Eröffnung der Ausstellung «Frauen auf der Flucht». Historisches Museum, 17 Uhr. Mit der kanadischen Botschafterin Susan Bincoletto. Anschliessend Podiumsgespräch mit Yvonne-Apiyo Brändle-Amonol, Gina Bylang und Prof. François Crépeau. www.bhm.ch/flucht-fuir

BIEL

Frauenstadtrundgang. Treffpunkt Robert-Walser-Platz, 17 Uhr. Anschliessend im Filmpodium «Les voyages extraordinaires d'Élla Maillart» von Raphael Blanc. www.compass-bielbienne.ch



FOTO AUS «ELLA MAILLARTS REISEN».



AM TAG DER FRAU: Demos, Podien, Lesungen, Filme, Konzerte. FOTO: KEYSTONE

CHUR

«Frauenleben dort und hier»: Migrantinnen lesen Texte. Postremise, 17.45 Uhr. Ab 18.15 Uhr internationales Buffet. Veranstalterin Frauenzentrale Graubünden. www.frauen-graubuenden.ch

DELSBERG

Debatte zur Lohnleichheit mit Martine Decourt, SP-Frauen, Corinne Schärer, Unia, Thomas Sauvain, SGB. Konzerthalle SAS, 18 Uhr. 19.30 Uhr Konzert Les Fées Minées, 20.45 Uhr DJ Miss Ghys. www.transjurane.unia.ch/initiative-egalite

FREIBURG

Vortrag Nadia Bisang, Caritas: «Mädchenbeschneidung – ein Tabu brechen», Universität Freiburg, Zimmer MIS 3113, 19.15 Uhr. Veranstalterin Amnesty International. www.amnesty.ch

LUZERN

Buchvernissage «Gleichstellungspolitik in der Schweiz», Filmpräsentation «Gleichstellen – eine Momentaufnahme». Diskussion mit Gesine Fuchs und Lucia Lanfrancioni. Hochschule Luzern, Soziale Arbeit, 17.30–19 Uhr. www.hslu.ch/einblicke

ST. GALLEN

Vorträge von Franziska Schutzbach («Feminismus heute – Hashtag Feminismus? Versuch einer Bilanz») und von Helena Rust («Von der Arbeit in einer feministischen Redaktion»). Frauenbar am Bärenplatz, 17 Uhr. 18.30 Uhr orientalisches Buffet. 19.30 Uhr Vorträge. 21 Uhr Frauenfest und Disco mit DJane RuudC im Raum für Literatur, Hauptpost.

Franziska Schutzbach, Genderforscherin und Soziologin, in St. Gallen.



FOTO: ZVG

ZÜRICH

«femRave». Frauen kämpfen, Frauen tanzen. Rote Fabrik. 19 Uhr: Einblicke in Frauenkämpfe in El Salvador, Palästina, Nordafrika, Kurdistan, Nicaragua, Griechenland und der Schweiz. 21 Uhr: Disco mit She-DJs. www.medicointernational.ch

Lesung Marie Rotkopf «Antiromantisches Manifest – Poesie als Revolte». Anschliessend Gespräch mit Autorin Simone Meier. Zentrum Karl der Grosse, 19.30 Uhr.



FILMLAPKAT «LA BELLE ET LA MEUTE».

Film «La belle et la meute» von Kaouther Ben Hania (Tunesien) über eine Frau, die eine Anzeige wegen einer Vergewaltigung machen will. Papiersaal Sihlcity, 18 Uhr. Veranstalterin Frauenzentrale. www.frauenzentrale-zh.ch

Zürich, 10. März

«Frauen erkämpfen Freiheit». Demo revolutionäres Frauenbündnis. **Hechtplatz, 13.30 Uhr.**

DIVERSE ORTE

Terre des femmes führt in Geschäften eine Aktion mit speziellen 8.-März-Produkten durch. www.terre-des-femmes.ch/de/8maerz

Neue Frauenbewegung O-Töne zur Emanzipation

Sie schrieb Geschichte und machte den Feminismus populär: Die neue Frauenbewegung startete in den 1970er Jahren und forderte die Emanzipation der Frau. Und Räume für Frauen, den straflosen Schwangerschaftsabbruch («Mein Körper gehört mir») sowie vieles mehr. Wer die Verfechterinnen



«LADIES ONLY»: Die neue Frauenbewegung auf einer neuen Website.

waren, was sie wollten und was sie taten: das ist jetzt bequem auf der kompakten Website «Neue Frauenbewegung 2.0» nachzulesen. Sie stellt Themen, Köpfe, Gruppen und Aktionen vor. In Audiodateien sind Aktivistinnen von Zita Küng bis Muda Mathis und von Claudia Kaufmann bis Anita Fetz zu hören. Für diese gelungene Oral History zur Zeitgeschichte zeichnen die Universität Bern und das Sozialarchiv Zürich verantwortlich.

www.neuefrauenbewegung.sozialarchiv.ch

Antifeministen 12 dümmste Sprüche

SVP, NZZ und andere Rechtsauflager attackieren die Geschlechterforschung, wo es nur geht. «Gender» ist für sie ein Schimpfwort. Dabei kultivieren sie Vorurteile wie «Feminismus ist Männerhass» oder behaupten «Wir sind längst gleichgestellt». Jetzt haben die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung die 30seitige Broschüre «Gender raus!» publiziert. Darin nehmen sie die zwölf gängigsten Behauptungen des Antifeminismus unter die Lupe. Und stellen sie mit glasklaren Tatsachen richtig. Eine ebenso erschreckende wie amüsante Lektüre. Die Broschüre ist zwar auf deutsche Verhältnisse gemünzt, aber das macht nichts: Der eidgehörige Antifeminismus hat dieselben Sprüche auf Lager.

«Gender raus! Zwölf Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik». Gratis-Download auf www.rosalux.de im Dossier «Feminismus von links».

work1xl der wirtschaft

David Gallusser



«KINDERSTRAFE» FÜR FRAUEN: HAPPIGE EINBUSSEN BEIM LOHN

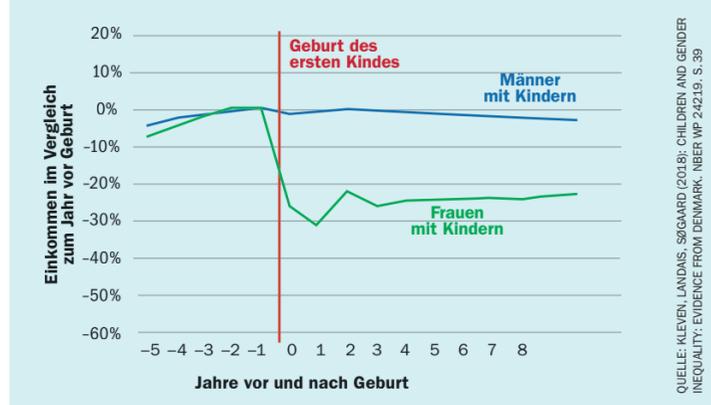
20 Prozent: Um so viel verringert sich das durchschnittliche Einkommen von Müttern gegenüber dem von Vätern nach der Geburt des ersten Kindes in Dänemark. Das ist das eindrückliche Resultat der neuen Studie eines dänisch-französischen Forscherteams (nachzulesen hier: rebrand.ly/kinderstrafe). Bis zur Geburt entwickeln sich die Einkommen von Frauen und Männern ziemlich gleich (siehe Grafik). Danach müssen Frauen happige Einbußen hinnehmen, während sich die Einkommen der Männer kaum verändern. Zwei Drittel dieser «Kinderstrafe» erklären sich mit der Erwerbsarbeit, die Frauen im Gegensatz zu Männern zugunsten der Kinderbetreuung reduzieren oder ganz aufgeben.

SCHLECHTERE JOBS. Tiefere Stundenlöhne nach der Geburt erklären den Rest. Frauen wechseln nach der Geburt oft in Stellen, die mit der Betreuungsarbeit vereinbar sind. Das hat einen hohen Preis. Sie verlieren an

Verhandlungsmacht, und die Arbeitgeber können ihre Löhne stärker drücken als die von Männern. Frauen stehen auch weniger lukrative Karrieren offen. Die Einkommensunterschiede haben sich zwar in Dänemark in den letzten 30 Jahren verringert. Die Kinderstrafe ist jedoch gleich hoch geblieben. Sie ist deshalb heute hauptverantwortlich für die tieferen Einkommen der Frauen.

STARRE ROLLENBILDER. Die Studie zeigt auch, dass die Kinderstrafe einer Frau umso höher ist, je weniger ihre Mutter erwerbstätig war. Das ist ein starker Hinweis darauf, wie wichtig Rollenbilder sind: Bekommen Mädchen in ihrer Kindheit ein konservatives Familienmodell vorgelebt, übernehmen sie später als Mütter mehr unbezahlte Betreuungsarbeit. Männer hingegen arbeiten unabhängig vom Familienmodell der Eltern nach der Geburt des ersten Kindes weiter. Da liegt auch das Problem. Soll die Kin-

Nach der Geburt taucht das Fraueneinkommen



derstrafe aus der Welt geschafft werden, muss Erwerbs- und Betreuungsarbeit zwischen Männern und Frauen gleicher verteilt werden. Dazu müssen wir unsere starren Rollenbilder überwinden und Bedingungen schaffen, um Familie und Beruf besser zu ver-

einbaren. Das heisst: bezahlbare Kindertagesstätten, Elternurlaub für Mütter und Väter, steuerliche Begünstigung für gleich verteilte Erwerbsarbeit und vor allem: kürzere Arbeitszeiten.

David Gallusser ist Ökonom und Unia-Mitglied.

Gewalt an Frauen Jede fünfte Französin

62 Millionen Frauen in der EU haben schon Erfahrungen mit sexueller Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz gemacht. Und zwar quer durch alle Berufe. Oft waren die Belästiger Chefs und Vorgesetzte. Es gibt aber auch übergriffige Kollegen. Die Zahl der Betroffenen reicht von 3 Prozent der Beschäftigten in Belgien bis zu 20 Prozent in Frankreich. Diese Tatsachen ruft der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) in Erinnerung. Im letzten Dezember verabschiedete er eine Resolution, in der er zu einem verstärkten Kampf gegen jegliche Formen von Gewalt am Arbeitsplatz aufruft.

Resolution «Gender-Based Violence at Work and at Home – A Trade Union Issue» auf www.etuc.org.



Michael Schweitzer von der Unia-Arbeitslosenkasse beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Arbeitslos und bei der IV gemeldet: Darf die Arbeitslosenkasse die Zahlungen stoppen?

Ich beziehe zu 100 Prozent Taggelder der Krankenversicherung. Seit kurzer Zeit bin ich nun auch arbeitslos gemeldet. Zusätzlich habe ich mich bei der Invalidenversicherung (IV) angemeldet. Nun will die Krankenversicherung die Taggelder nicht mehr bezahlen. Ich habe gegen diesen Entscheid Einsprache erhoben. Jetzt stehe ich ganz ohne Einkommen da, denn die Arbeitslosenkasse bezahlt auch nichts mehr mit der Begründung, ich sei nicht vermittlungsfähig. Ist das korrekt?

MICHAEL SCHWEITZER: Nein. Das Vorgehen der Arbeitslosenkasse ist nicht korrekt. Sie müssen sich beschweren. Wenn Sie bereit und in der Lage sind, eine Arbeit von mindestens 20 Prozent anzunehmen, gelten Sie aufgrund Ihrer Anmeldung bei der Invalidenversicherung als vermittlungsfähig und haben Anspruch auf die volle Arbeitslosenentschädigung. Man nennt das die Vorleistungspflicht der Arbeitslosenversicherung gegenüber der IV, die Ihnen bis zum Entscheid der IV ein Einkommen garantiert. Die Arbeitslosenkasse muss jedoch die IV über die bereits ausbezahlten Leistungen informieren. Falls Ihnen die IV rückwirkend eine Rente zuspricht, wird die bereits ausbezahlte Arbeitslosenentschädigung von dieser Rente abgezogen. In Ihrem Fall muss die Arbeitslosenkasse zusätzlich noch die Krankenversicherung informieren. Sollte nämlich Ihre Einsprache erfolgreich sein, muss das von der Arbeitslosenkasse bereits ausbezahlte Geld auch von der Nachzahlung der Krankentaggelder abgezogen werden.

Nach Unfall zu 8 Prozent invalid: Darf jetzt die Arbeitslosenkasse den Lohn kürzen?

Ich habe zehn Jahre als Gipser gearbeitet. Dann erlitt ich einen Unfall. Weil ich meine Tätigkeit nicht mehr ausführen konnte, bekam ich die Kündigung. Nun beziehe ich Taggelder der Arbeitslosenversicherung. Vor einem Monat kam die Unfallversicherung zum Schluss, ich sei nur zu 8 Prozent invalid und hätte deshalb kein Anrecht auf eine Rente der Unfallversicherung. Die Arbeitslosenkasse hat daraufhin meinen versicherten Lohn um 8 Prozent gekürzt. Deshalb bekomme ich nun weniger Geld von der Arbeitslosenversicherung. Ist diese Kürzung zu Recht erfolgt?

MICHAEL SCHWEITZER: Nein, hier liegt ein Fehler vor. Grundsätzlich ist bei der Arbeitslosenversicherung der Lohn Ihres letzten Jobs versichert, und von diesem versicherten Lohn bekommen Sie 70 Prozent bezahlt – oder 80 Prozent, falls Sie Kinder haben. Wenn Sie nun in Ihrem angestammten Beruf als Gipser nur teilweise invalid sind, müsste der versicherte Verdienst grundsätzlich angepasst werden. Vor drei Jahren hat das Parlament jedoch entschieden, dass eine Invalidität unter 10 Prozent nicht mehr zu einer solchen Kürzung führt. Vielmehr kann man davon ausgehen, dass Sie bei einer Einschränkung von nur 8 Prozent in der Lage sind, ein gleiches Einkommen wie vor der Arbeitslosigkeit zu erzielen. Somit ist eine Kürzung Ihres versicherten Lohnes nicht korrekt.

Steuererklärung: Eine lästige Aufgabe, die mit guter Vorbereitung gar Das Schönste daran sind

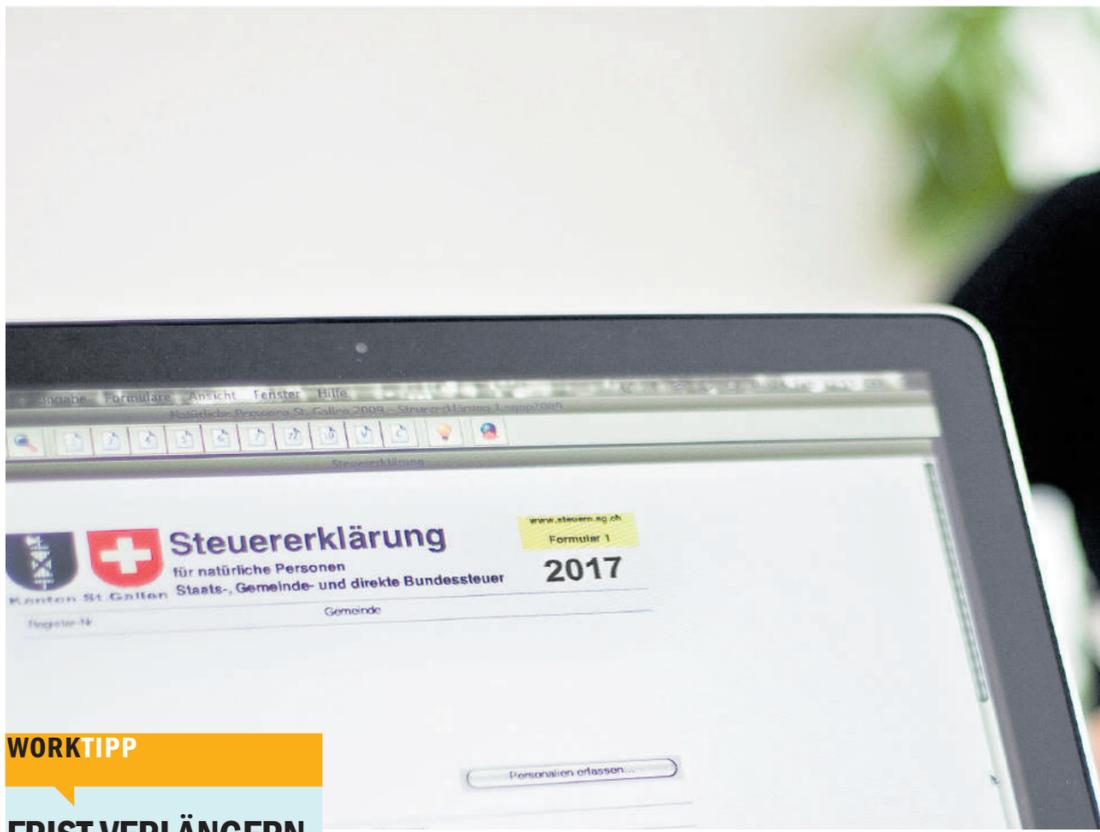
Alle Jahre wieder wird die Steuererklärung fällig. Haben Sie an alle möglichen Abzüge gedacht?

SINA BÜHLER

Es ist eine der mühseligsten Aufgaben des Erwachsenenlebens: die Steuererklärung ausfüllen. Glücklicherweise schaffen Sie das schnell, wenn Sie diese Arbeit gut vorbereitet angehen. Sie sollten jeweils schon Anfang Jahr ein Mäppchen anlegen, um alle Quittungen zu sammeln: die Belege für Ihr Einkommen und Ihr Vermögen, sprich Lohnausweis, Rentenbelege und Bankauszüge sowie alle Quittungen für Ausgaben, die Sie als Einkommensminderung geltend machen dürfen. Hier die Tipps von A bis Z.

Arbeitslosigkeit: Auch wenn Sie zurzeit keine Anstellung haben, sind Abzüge für Berufsauslagen und Weiterbildung erlaubt. Wenn Sie für Ihre Bewerbungen höhere Auslagen hatten als die entsprechende Pauschale, dürfen Sie diese abziehen – sofern Sie die entsprechenden Belege haben. Der Abzug ist aber nur möglich, wenn Sie Taggelder beziehen. Bereits erwerbstätige Steuerpflichtige, die ihre Stelle wechseln wollen, dürfen keine Bewerbungskosten abziehen. Der Grund: Die Ausgaben für Bewerbungen und Vorstellungsgespräche haben (noch) keinen direkten Zusammenhang mit Ihrem Einkommen.

Büroabzug: Machen Sie Homeoffice? Dann können Sie die Miete für ein Arbeitszimmer abziehen. Allerdings nur, wenn es notwendig ist, dass Sie daheim arbeiten. Reine Bequemlichkeit reicht als Begründung nicht aus. Und: Sie müssen ein entsprechendes Arbeitszimmer eingerichtet haben. Wenn Sie in einem Zimmer arbeiten, das auch anderen Zwecken dient, können Sie den Abzug nicht machen. Wie Sie ihn berechnen dürfen, erfahren Sie in der Wegleitung zur Steuererklärung; er variiert von Kanton zu Kanton.



WORKTIPP

FRIST VERLÄNGERN

Bis zu welchem Termin Sie die Steuererklärung einreichen müssen, ist nicht nur von Kanton zu Kanton unterschiedlich – es gibt sogar Gemeinden mit eigenen Fristen. Fast überall ist aber eine Verlängerung der Frist um mehrere Monate möglich. So haben Sie mehr Zeit, um Quittungen und Belege zu sammeln. Mancherorts können Sie die Steuererklärung auch online ausfüllen. Schauen Sie auf den Steuerunterlagen nach.

Auswärts essen: Ist Ihre Mittagspause zu kurz, um zu Hause zu kochen? Dann dürfen Sie die Kosten der Mittagsverpflegung abziehen – oder anderer Mahlzeiten, die Ihren Arbeitszeiten entsprechen. Teilzeitangestellte müssen den Abzug auf die jährlichen Arbeitstage umrechnen. Es gibt zwei Arten von Verpflegungsabzügen: eine normale Pauschale und eine für Betriebe, die eine Kantine subventionieren. Was für Sie gilt, sehen Sie auf dem Lohnausweis.

BELEGE BEREITHALTEN: Online oder offline – es lohnt sich, die Steuererklärung

Bildung: Seit 2016 können Sie alle Kosten für berufsorientierte Aus- und Weiterbildung bis 12000 Franken von den Steuern abziehen. Zuvor waren nur Abzüge in Zusammenhang mit der aktuellen Stelle möglich. Und: Neu können auch Erwerbslose die Kosten für Bildung abziehen. Nur für die Erstausbildung gilt dies nicht.

Fremdbetreuung: Sie können die Kosten für eine Tagesmutter oder die Krippe von den Steuern abziehen, wenn beide Elternteile erwerbstätig, in Ausbildung oder erwerbsunfähig sind.

Frühpensionierung: Wer vor dem regulären Pensionsalter in den Ruhestand tritt, muss zwar weiterhin AHV-Beiträge einzahlen, kann diese aber in der Steuererklärung abziehen. Dasselbe gilt für AHV-Beiträge von Nichterwerbstätigen.

Gesundheitskosten: Krankenkassenprämien, Arzt- und Spitalkos-

ten sowie Medikamente sind – mit Einschränkungen – abzugsfähig. Verlangen Sie eine Zusammenstellung Ihrer Ausgaben von der Versicherung, um diese belegen zu können.

Schulden: Grundsätzlich können Sie Schulden vom Vermögen und Schuldzinsen vom Einkommen abziehen. Das gilt beispielsweise bei Hypotheken, Kleinkrediten, Darlehen oder Steuerschulden. Dazu brauchen Sie Schuldennachweise und Schuldzinsbelege. Vergessen Sie nicht den Beleg Ihrer Kreditkartenfirma, deren Zinsen happig sein können. Leasingkosten sind für Privathaushalte nicht abzugsfähig.

Spenden: Haben Sie letztes Jahr mehr als 100 Franken gespendet? Dann dürfen Sie das auf der Steuererklärung angeben. Die Kantone handhaben die Abzüge unterschiedlich. Ein Merkblatt mit einer Übersicht dazu finden Sie bei der



ZEIT FÜR MUTTER UND KIND: Wer am Tag über sieben Stunden arbeitet, hat im ersten Jahr der Mutterschaft Anrecht auf 90 Minuten Stillpause. FOTO: ISTOCK

Stillen am Arbeitsplatz Ihr gutes Recht:

Babies sollten mindestens sechs Monate gestillt werden. Sagt die WHO. Der Mutterschaftsurlaub beträgt 14 Wochen. Das geht nicht auf. Oder doch? work erklärt's.

SINA BÜHLER

Viele frischgebackene Mütter kehren mit gemischten Gefühlen an ihren Arbeitsplatz zurück. Wird alles klappen mit der Betreuung? Kommt das Baby damit klar? Werden die Vorgesetzten Rücksicht auf die neue Familiensituation nehmen? Nicht alles können Sie steuern, aber zumindest eines ist klar geregelt: Als Mutter eines kleinen Kindes geniessen Sie am Arbeitsplatz besonderen Schutz. So haben Sie im ganzen ersten Lebensjahr Ihres Kindes

das Recht, während Ihrer Arbeitszeit zu stillen.

Stillpausen sind bezahlte Pausen. Die Zeit, die Sie dazu benötigen, muss weder nachgeholt, noch darf Sie vom Ferienguthaben abgezogen werden. Das gilt auch dann, wenn Sie im Stundenlohn arbeiten. Die Pausenlänge ist auf die Minute genau geregelt, abhängig von Ihrer täglichen Arbeitszeit:

- bis vier Stunden am Tag: 30 Minuten Stillpause
- bis sieben Stunden am Tag: 60 Minuten Stillpause
- über sieben Stunden am Tag: 90 Minuten Stillpause

Falls Ihr Baby länger braucht als die zugedachte Zeit, dürfen Sie sich diese nehmen. Ihre Firma ist aber nicht verpflichtet, sie Ihnen zu vergüten. Während des Arbeitstages müs-

nicht so schwer fällt die Abzüge



sorgfältig auszufüllen und die Abzugsmöglichkeiten voll zu nutzen. FOTO: KEYSTONE

AUTOMATISCHER INFORMATIONSAUSTAUSCH

VERMÖGEN IM AUSLAND

Besitzen Sie eine Liegenschaft in Kroatien? Ein Konto in Brasilien? Seit letztem Jahr ist der automatische Informationsaustausch (AIA) in Kraft, seither werden Daten von Banken und Versicherungen international ausgetauscht. Wer Einkommen und Vermögen im Ausland hat, bezahlt meist schon vor Ort Steuern. Viele Personen gingen deshalb davon aus, Ihre Pflicht auch in der Schweiz erfüllt zu haben. Das ist falsch. Denn die Schweizer Behörden beziehen ausländisches Vermögen bei der Berechnung des Steuersatzes (Progression) ein.

SELBSTANZEIGE. Was können Sie also tun? Marília Mendes, Migrationssekretärin der Unia, rät zur Selbstanzeige: «Um Ihre Steuersituation zu regeln, geben Sie am besten die nicht deklarierten Werte der letzten zehn Jahre an, bevor das Steueramt es merkt.» Dann müssen Sie die nachzahlende Steuer plus Verzugszinsen entrichten, erhalten aber keine Busse und haben keine strafrechtlichen Konsequenzen. In einigen Kantonen ist eine Selbstanzeige noch bis zum 30. September 2018 möglich (AI, AR, BE, BL, BS, GL, GR, LU, OW, SG, SH, SO, TG, TI, VD, VS und ZH). Eine Selbstanzeige ist auch für Vermögen in Ländern, wo das Abkommen erst in Kraft tritt, noch straflos möglich (Liste: rebrand.ly/aia). Und für Kantone oder Länder, in welchen es zu spät ist? «Machen Sie trotzdem reinen Tisch. Sie werden dafür mit einer Busse bestraft. Aber Sie machen sich nicht der Steuerhinterziehung schuldig», rät Marília Mendes. Diese beträgt durchschnittlich die Höhe der hinterzogenen Steuer, kann aber je nach Schwere der Fälle das bis zu Dreifache ausmachen.

Stiftung Zewo (rebrand.ly/spenden). Wenn Sie an Organisationen mit einem Zewo-Gütesiegel spendet haben, gilt der Abzug sogar für die Bundessteuer.

Verkehr: Bei den Berufsauslagen dürfen Sie die Kosten für den Arbeitsweg abziehen. Meist ist damit das Abo für den öffentlichen Verkehr oder eine Pauschale für das Velo gemeint. Autokosten dürfen nur in Ausnahmefällen abgezogen werden: Entweder muss Ihr Wohn-

Abzugsfähig sind auch die Schuldzinsen auf dem Kreditkartenkonto.

und Arbeitsort zu weit von der nächsten Haltestelle entfernt sein, oder Sie sind mit dem Auto viel schneller. Die Vorgaben sind von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Weil der «Pendlerabzug» seit 2016 bei der direkten Bundessteuer auf maximal 3000 Franken begrenzt

wurde, haben viele Kantone ebenfalls einen maximalen Abzug eingeführt.

Wochenaufenthalt: Wenn Sie einen zu langen Arbeitsweg haben und deshalb unter der Woche ein Zimmer am Arbeitsplatz mieten, können Sie einen pauschalen Abzug machen: für Miete, auswärtige Verpflegung und Fahrkosten am Wochenende.

Zu spät: Wenn Sie die Frist für Ihre Steuererklärung verpassen und auch eine allfällige Nachfrist nicht einhalten, werden Sie vom Steueramt «nach Ermessen», eingeschätzt. Das bedeutet, dass Ihre tatsächlichen Verhältnisse zwar berücksichtigt werden, aber nur so weit, wie das Steueramt Bescheid weiss. Das kann zu viel höheren Steuerrechnungen führen, als gerechtfertigt wären. Falls Ihnen das passiert, sollten Sie sich sofort wehren. Sie haben nämlich nur 30 Tage Zeit, um Einsprache zu erheben.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

Universal-Fernbedienung: Zappen wie ein Profi

Auf dem Wohnzimmertisch liegen heute oft mehrere Fernbedienungen: für den Fernseher, die Satellitenanlage, den DVD-Player oder die Stereoanlage. Eine einzige Fernbedienung wäre praktischer. «Saldo»

hat Universal-Fernbedienungen unter 100 Franken getestet.

Am besten haben zwei Modelle von Logitech abgeschnitten: «Harmony 350» (49 Franken) und «Harmony 665» (69 Franken). Sie sind für fast alle Geräte geeignet, mit Ausnahme von Sunrise TV. Die Bedienung ist praktisch. So lassen sich gleichzeitig mehrere Geräte wie TV, DVD-Player oder Sat-Anlage einschalten. Einrichten können Sie die Fernbedienungen am PC oder am Mac. Auf die Tasten der «Harmony» lassen sich Funktionen der Original-Fernbedienung kopieren. Dafür ist allerdings Computererfahrung nötig.

Am besten schneiden zwei Modelle von Logitech ab.

KOMFORTABLER, ABER WENIGER UNIVERSELL. Mit Abstrichen geeignet ist auch «One for all Simple 4 URC 6440» (37 Franken). Sie ist geeignet für ein Heimkino, nicht aber für Digital-TV-Boxen (Swisscom, Sunrise, UPC und andere). Anstelle des Einrichtens am PC sucht diese Fernbedienung die Geräte automatisch, oder Sie geben für Ihre Geräte den Code aus einer Liste ein. Weniger empfehlenswert sind laut dem Test «One for all Smart Control», «Philips SRP 5016» sowie «Vivanco UR 89». MARC MAIR-NOACK



EINE FÜR ALLES: Ein einziges schlaues Teil kann die markenspezifischen Fernbedienungen verschiedener Geräte ersetzen. FOTO: PD

Bezahlte Stillpausen

sen Sie Ihre Stillpause nicht am Stück nehmen. Sie können sie nach Ihren eigenen Bedürfnissen aufteilen – oder besser: den Bedürfnissen Ihres Babys. Genauso frei sind Sie im Ent-

Sie können auch zu Hause oder in der Krippe stillen.

scheid, wo Sie Ihr Kind stillen wollen. Früher gab es nur ein Recht auf diese Pausen, wenn Sie im Betrieb blieben und jemand Ihnen das Baby vorbeibrachte. Heute können Sie sich auch entscheiden, zu Hause oder in der Krippe zu stillen.

STILLZIMMER. Entscheiden Sie sich aber, im Betrieb zu bleiben, so muss Ihnen Ihr Arbeitgeber

ein geschütztes Stillzimmer mit einem bequemen Stuhl zur Verfügung stellen. Geben Sie Ihrem Kind lieber den Schoppen mit Muttermilch? Dann dürfen Sie diese Stillpausen auch nutzen, um im Ruheraum die Milch abzupumpen. Die Zeit, die Sie dafür zur Verfügung haben, ist genauso lang, wie wenn Sie stillen würden. Der Betrieb sollte Ihnen auch die Möglichkeit geben, die abgepumpte Milch gekühlt zu lagern.

ÜBERSTUNDEN. Wenn Sie Ihr Baby nach dem ersten Jahr weiterstillen wollen, haben Sie die dazu nötige Zeit weiterhin zugute. Die Firma muss diese Pausen aber nicht mehr bezahlen. Was in Bezug auf Arbeitszeiten und -einsätze während Ihrer Schwangerschaft galt, ist auch

im ersten Jahr Ihrer Mutterschaft gültig:

- Sie müssen nur so lange arbeiten, wie vor der Schwangerschaft vertraglich vereinbart, in keinem Fall aber mehr als neun Stunden im Tag.
- Sie dürfen keine Überstunden leisten.
- Sie dürfen keine Akkordarbeit leisten.
- Sie sind als stillende Mutter vor Nacht- und Schichtarbeit geschützt, wenn diese als gefährlich oder beschwerlich gilt oder Sie in einem «gesundheitsbelastenden Schichtsystem» arbeiten. Dazu gehören beispielsweise drei Nachtschichten hintereinander oder eine Rückwärtsrotation (Nacht-, Spät-, Frühschicht). In diesem Fall muss Ihnen die Firma alternative Arbeitszeiten anbieten.

CHECKLISTE

MILCH- BÜCHLEIN

Mehr Infos finden Sie in der Unia-Broschüre «Erwerbstätig und Mutter». Sie können sie unter rebrand.ly/unia-mutter herunterladen. Und bei der «Stillförderung Schweiz» finden Sie Checklisten und Merkblätter zum Thema «Stillen und Arbeit». Beispielsweise eine Anleitung zum Wiedereinstieg nach dem Mutterschaftsurlaub. Diese Unterlagen gibt es in zehn verschiedenen Sprachen hier: rebrand.ly/stillpausen.

Knifflig: Fragen zur Lohnfrage Das Quiz zur Gleichstellung

Wie gut wissen Sie über Lohngleichheit Bescheid?

Am 8. März reden Gewerkschafterinnen vor allem über eins: Lohngleichheit. Und darüber, warum es sie immer noch nicht gibt. Denn im Gesetz steht klar: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Oder steht da: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit? Gibt es Länder, in denen die Lohngleichheit schon durchgesetzt ist? Wie gross ist der Lohnunterschied zwischen Mann und Frau? Welche Beweise brauchen Sie, um eine Lohnklage einzureichen?

Die Antworten finden Sie heraus, wenn Sie das «Quiz Lohngleichheit» auf der Seite des Eidgenössischen Büros für

Gleichstellung lösen. Mit den Antworten werden Sie direkt zu den relevanten Dokumenten, Gesetzen und Studien weitergeleitet.

SO WIRD GEPRÜFT. Eine Antwort verraten wir übrigens. Nämlich auf die Frage, wie die Einhaltung der Lohngleichheit überprüft werden könne: «durch eine externe Fachperson, durch Selbsttests oder die Sozialpartnerschaft». Die Gewerkschaften unterstützen neben Mitgliedern, die sich gegen Diskriminierungen wehren, auch Unternehmen, die sich für Lohngleichheit engagieren (mehr unter www.elep.ch). (sib) Das Quiz finden Sie hier: rebrand.ly/gleichstellungsquiz.

WORKLESERFOTO



Service public

WANN 18. Februar 2018
WO Burgdorf BE
WAS Öffentliches Telefon
Eingesandt von Alfred Winkler, Burgdorf BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

workquiz ?

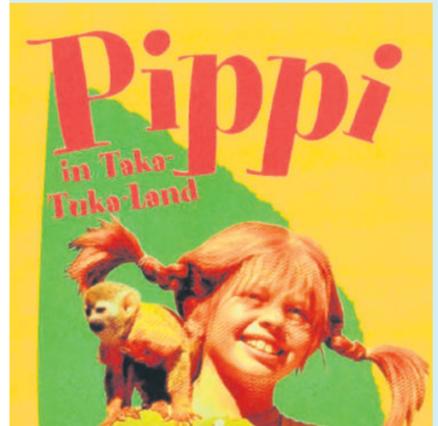
Wie gut sind Sie?

1. Postauto-Bschiss

Was sagen die Mitarbeitenden?
 a) Riesensauerei!
 b) Riesengaunerei!
 c) Riesenmorerei!
 d) gar nichts, jedenfalls nicht laut.

2. Bau-Verhandlungen

Baumeisterchef Lardi will, dass alle Bauarbeiter:
 a) gratis arbeiten.
 b) fast gratis arbeiten.
 c) nun auch noch nachts fast gratis arbeiten.
 d) für weniger Lohn länger arbeiten.



3. Internationaler Frauentag

Wo ist der 8. März ein gesetzlicher Feiertag?
 a) Nepal?
 b) Taka-Tuka-Land?
 c) St. Gallen?
 d) Mostindien?

4. Aargau

Warum schliesst der Kanton sein Gleichstellungsbüro?
 a) kein Büro mehr.
 b) keine Stellung mehr.
 c) keine Frauen mehr.
 d) wegen der SVP

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungstipp: 1a, 2d, 3a, 4d

WORKPOST



100 Jahre Landesstreik: Oberst Blocher will meinen Grossvater ehren
Wo ein Wille ist, ist auch ein Wilhelm – und ein Hitler

dert versetzen möchten, finde ich solche Aktionen wie die von Blocher voll daneben. Er zeigt damit, wen er wirklich vertritt...

ULRICH KOLLER, VIA FACEBOOK

Meienbergs Erfindung

Sehr lesenswerter Artikel, der weit herumgereicht gehört! Zum Beispiel im Geschichtsunterricht. Schön wäre gewesen, wenn Niklaus Meienberg als Autor der Begriffsprägung «Wille und Wahn» in seinem Buch über die Wille-Historie erwähnt worden

wäre. Er, der mutige investigative Journalist, wurde – wegen seiner kritischen Haltung zum Autoverkehr – auf Druck der Autolobby vom «Tages-Anzeiger» freigestellt.

GERNOT SCHNEIDER, VIA E-MAIL

Antwort der Redaktion: Danke für die Blumen! Da haben Sie völlig recht, wir hätten Niklaus Meienberg erwähnen müssen.

Der Buchtipps dazu

Ich lese wieder einmal «Der Landesstreik 1918» von Willy Gautschi (Verlag Benziger, 1968). Dem Vernehmen nach soll es sich dabei um die beste Arbeit über den Landesstreik handeln. Ich

empfehle es allen, sogar den Geschichtsklitterern am Zürichsee.

UELI BAUMGARTNER, VIA WEBSITE

Missbraucht

Starker Artikel von Stefan Keller über Grossvaters Einsatz im Landesstreik. Mein Grossvater (478 Diensttage in den Jahren 1915 bis 1918) sagte: «Wir Bauern haben uns gegen die Arbeiter missbrauchen lassen.»

JO LANG, VIA TWITTER

WORK 3/16.2.2018: DIE Ü 58 IN DER PENSIONSKASSENFALLE

Eine teure Lösung für die Ü 58

Der Sachverhalt wurde nicht abschliessend recherchiert. Wer seine Stelle verliert, kann sich der Stiftung Auffangeinrichtung anschliessen. Diese wandelt das BVG-Guthaben bei Pensionierung in eine Rente um. Zwar betrifft es nur die obligatorischen Gelder. Doch ist es nicht so, dass diese Menschen im Hinblick auf eine Altersrente krass benachteiligt werden und vor dem Nichts stünden, wie man nach dem Lesen des Berichts glauben könnte.

NICOLA MEIER, VIA WEBSITE

Antwort der Redaktion: Tatsächlich offeriert die Stiftung Auffangeinrichtung einen – allerdings teuren – Ausweg. Denn die Betroffenen müssen die Pensionskassenbeiträge – auch den Arbeit-

geberanteil – bis zum Rentenalter selbst bezahlen. Die Auffangeinrichtung ist also nur für bessergestellte Arbeitnehmende eine Lösung und schliesst die beschriebene Versicherungslücke nicht zufriedenstellend.

WORK 3/16.2.2018: POSTAUTO – BSCHISS MIT POLITISCHEM ANLAUF

Systemfehler

Das System ist falsch. Der sogenannte «Bschiss» ist nur ein Auswuchs davon: Post und Bahn sind Service-public-Betriebe in öffentlicher Hand und sollen keinen Gewinn abwerfen.

DANIEL ANDRES, VIA FACEBOOK

WORK 3/16.2.2018: WORKTAG MIT RALPH WICKI, NACHTCLUB-MODERATOR

Besser als Valium

Wenn Ralph Wicki den Nachtclub moderiert, schlafe ich nachher ganz entspannt ein. Seine angenehme Stimme und sein einfühlsames Wesen bauen Stress und Anspannung ab. Besser als ein Valium. Ich würde ihn am liebsten jede Nacht hören. Danke, Ralph Wicki!

MARIA FERRINI, VIA WEBSITE

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

WORK 3/16.2.2018: 100 JAHRE LANDESSTREIK – WO EIN WILLE IST...

Voll daneben

Der Generalstreik wurde zwar abgebrochen, aber es wurden endlich die Rechte der Arbeitnehmer anerkannt und verbessert. Dass ein Unternehmer wie Blocher nicht die damalige Verbesserung der Arbeitsrechte feiert, sondern die Niederschlagung des Aufstandes zelebriert, kann ich verstehen, aber nicht akzeptieren. Gerade in der heutigen Zeit, wo gewisse Wirtschaftsleute wieder eine flexible 50-Stunden-Woche einführen und überhaupt die Rechte der Arbeitenden wieder zurück ins 19. Jahrhun-

**ARIANE GERBER****DIE PIONIERIN**

Zunächst absolvierte Ariane Gerber (33) eine Lehre zur Schrift- und Reklamegestalterin. Sie bezeichnet sich als sehr visuellen Menschen, arbeitet heute noch gerne im grafischen Bereich. Doch damals habe sich die Kommunikation bei der Arbeit als grosse Hürde erwiesen. An der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik bildete sie sich zur Gebärdensprachausbilderin weiter und arbeitet seither in der Erwachsenenbildung. 2012 erhielt sie eine Anstellung am Zentrum für Hören und Sprache Münchenbuchsee und beendete letzten Oktober die Ausbildung zur Gebärdensprachpädagogin an der Universität Hamburg.

SPORTLICH. Zum Ausgleich geht die Lehrerin ins Fitnessboxen im Boxclub Bern, zum bekannten Trainer Bruno Arati. «Dort fühle ich mich sehr wohl, Arati ist super!» Um zu entspannen, gehören Stretching und Meditation bei ihr zum fixen Programm. Sport ist seit der Kindheit ein wichtiger Bestandteil in ihrem Leben, mit vierzehn Jahren war sie bereits Mitglied im Ski-Nationalteam der Gehörlosen.

Ariane Gerber, selbst gehörlos, unterrichtet in Münchenbuchsee gehörlose Kinder

«Um vieles muss man kämpfen»

Gehörlose Kinder müssen lernen, was andere Kinder lernen. Aber auch, wie sie sich als Teil einer Minderheit in der Gesellschaft behaupten. Ariane Gerber unterstützt sie darin.

LUCA HUBSCHMIED | FOTOS FRANZISKA SCHEIDEGGER

Es ist ungewohnt still im Klassenzimmer, in dem sechs Kinder um den ovalen Holztisch sitzen und gemeinsam mit ihrer Lehrerin eine Bildergeschichte besprechen. In schneller Abfolge von Gebärden erklärt Ariane Gerber die Bedeutung der Geschichte, stellt oder beantwortet Fragen. Auch die Kinder kommunizieren in Gebärdensprache, in einem Tempo, das dem ahnungslosen Zuschauer keine Chance zum Mitkommen lässt. Zwischendurch bricht Gelächter unter den Kindern aus, ein Mädchen hat die Gebärden für Nikolaus und Ziege verwechselt, bei beiden greift man sich ans Kinn.

Ariane Gerber ist Gebärdensprachpädagogin am Zentrum für Hören und Sprache Münchenbuchsee (HSM) und selbst seit ihrer Geburt gehörlos. In dem farbig bebilderten Klassenzimmer unterrichtet sie Dritt- und Viertklässler im Fach «Pro G». Die Abkürzung dieses Pflichtfachs steht für Pro Gehörlose / Pro Gebärdensprache. «Wir Gehörlose sind eine Minderheit», erklärt Ariane Gerber, «damit umzugehen ist für Kinder nicht immer einfach.» Es gehe darum, den Schülerinnen und Schülern zu zeigen, dass sie nicht alleine seien und es auch gehörlose Vorbilder gebe, wie etwa das amerikanische Topmodel Nyle DiMarco. «Solche Beispiele können helfen, die eigene Identität besser zu akzeptieren.»

Auch Ariane Gerber fühlte sich in ihrer Kindheit oft unsicher und fehl am Platz. Das ist heute nur schwer zu glauben, wenn sie einem gegenüber sitzt und ihre

gut verständlichen Worte mit Gebärden begleitet. Zu vielen Fragen hat sie eine klare Haltung. Etwa, wenn es um das Thema Inklusion in der Schulbildung geht: «Inklusion wird oft gefordert, aber ich bin davon gar nicht begeistert. Damit diese funktioniert, müssten sich beide Seiten anpassen. Meist ist damit aber gemeint, dass sich Gehörlose anpassen sollen.» Sie selbst ging bis zur sechsten Klasse mit Hörenden zur Schule. Danach kam sie auf eine Gehörlosen-Sekundarschule in Zürich: «Damit hat sich für mich ein Tor geöffnet. Ich habe gemerkt, dass ich nicht alleine bin, und gelernt, meine Identität zu akzeptieren.»

HAND, KÖRPER, MUND. Ariane Gerber gibt auch Sport und das Fach «Bilingual Deutsch – Deutschschweizer Gebärdensprache». Gemeinsam mit einer hörenden Lehrperson vermittelt sie dort den Kindern Unterschiede zwischen Schrift- beziehungsweise Lautsprache und der Gebärdensprache. Der Geräuschpegel ist dabei schon etwas höher. Die fünf Sechstklässler an den Pulten kommunizieren manchmal mit Händen und Körper, manchmal in Lautsprache, die Übergänge sind fließend.

Ariane Gerber ist seit fünf Jahren am HSM tätig. Zuvor hat sie als Gebärdensprachausbilderin in der Erwachsenenbildung gearbeitet. An der Universität Hamburg liess sie sich zur Gebärdensprachpädagogin ausbilden. In der Schweiz ist sie bisher die einzige Lehrperson mit dieser Ausbildung. Und Hamburg ist der einzige Ort, der diese Weiterbildung anbietet. «Diese Zeit war sehr intensiv, aber für mich äusserst interessant. Ich erhielt einen Einblick in verschiedene Schulen und durfte mich mit der Situation der Gehörlosen in Deutschland auseinandersetzen.» Für sie war aber immer klar, dass sie da-



EINE SPRACHE FÜR SICH: Die Gebärdensprache baut auf dem Fingeralphabet auf. Die Hand rechts verkündet kurz und bündig: «ILY – I love you.»

nach wieder zu ihrer Arbeit in der Schweiz zurückkehren würde. «Ich könnte mir schon vorstellen, wieder ins Ausland zu gehen», erklärt sie, «aber im Moment habe ich das Gefühl, Münchenbuchsee braucht mich. Und das ist ein gutes Gefühl.»

BITTE HOCHDEUTSCH. Ihre Arbeit empfindet sie aber trotzdem nicht immer als einfach. An Sitzungen ist sie auf einen Dolmetscher angewiesen. Wenn diese aber kurzfristig angesetzt werden, ist es meist nicht möglich, einen zu organisieren: «Für mich stellt sich dann die Frage, ob ich die Sitzung absagen und im nachhinein das Protokoll lesen solle. Dann habe ich aber keine Möglichkeit mitzureden.» Auch sonst werde ihr oft bewusst, dass sie als gehörlose Lehrerin auch am HSM eine Minderheit sei. «Viele Mitarbeitende sind sich dessen nicht bewusst und sprechen mich auf schweizerdeutsch an.» Dann muss sie jeweils erklären, dass sie nur Lippen lesen

könne, wenn das Gegenüber Hochdeutsch spreche. «Ich musste um vieles kämpfen in den letzten fünf Jahren. Zwar werde ich ernst genommen, doch ich habe das Gefühl, meine Wünsche immer sehr gut begründen zu müssen.»

In den Ferien zieht es Ariane oft ins Ausland. «Am liebsten möchte ich überall hin», sagt sie und lacht. «Aber fürs erste geht's im Frühling nach Albanien und im Sommer wohl nach Peru.» Dabei profitiert sie von vielen Bekanntschaften, die sie sich über die Jahre aufgebaut hat. Etwa durch ihre Arbeit beim Europäischen Verband Gehörloser Jugendlicher, für den sie einige Jahre im Vorstand tätig war. Ariane Gerber ist auch neugierig zu sehen, wie Gehörlose in anderen Ländern leben. «Skandinavien ist ein Traum, ein richtiger Sozialstaat eben. Die Schweiz könnte sich da einiges abschauen», erklärt sie, «die Lebensqualität hier ist zwar sehr hoch, aber im Umgang mit Gehörlosen sind wir im Rückstand.»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadinciau@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Sina Bühler, Luca Hubschmid, Andreas Rieger, Clemens Studer, Anne-Sophie Zbinden, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel **Korrektur** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Cebeco GmbH, Weberstrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. **Übrige Abonnenten:** Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92 416 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.